

Nutzungsbedingungen der retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Die retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) werden zur nichtkommerziellen Nutzung gebührenfrei angeboten. Die digitalen Medien sind im Internet frei zugänglich und können für persönliche und wissenschaftliche Zwecke heruntergeladen und verwendet werden.

Jede Form der kommerziellen Verwendung (einschließlich elektronischer Formen) bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der FZH, vorbehaltlich des Rechtes, die Nutzung im Einzelfall zu untersagen. Dies gilt insbesondere für die Aufnahme in kommerzielle Datenbanken.

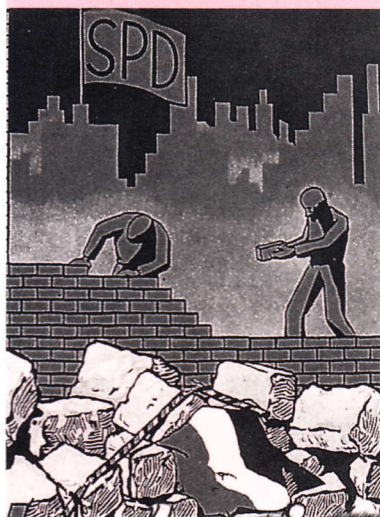
Die Verwendung zusammenhängender Teilbestände der retrodigitalisierten Veröffentlichungen auf nichtkommerziellen Webseiten bedarf gesonderter Zustimmung der FZH. Wir behalten uns das Recht vor, im Einzelfall die Nutzung auf Webseiten und in Publikationen zu untersagen.

Es ist nicht gestattet, Texte, Bilder, Metadaten und andere Informationen aus den retrodigitalisierten Veröffentlichungen zu ändern, an Dritte zu lizenzieren oder zu verkaufen.

Mit dem Herunterladen von Texten und Daten erkennen Sie diese Nutzungsbedingungen an. Dies schließt die Benutzerhaftung für die Einhaltung dieser Bedingungen beziehungsweise bei missbräuchlicher Verwendung jedweder Art ein.

Kontakt:

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Tel. 040/4313970
E-mail: fzh@zeitgeschichte-hamburg.de
Web: <http://www.zeitgeschichte-hamburg.de>



UWE LOHALM (HRSG.)

Arbeiterpartei und Großstadtpolitik

Zum Wandel der SPD in Hamburg im 20. Jahrhundert

Uwe Lohalm (Hrsg.)

Arbeiterpartei und
Großstadtpolitik

Zum Wandel der SPD in
Hamburg im 20. Jahrhundert

Veröffentlichung der Forschungsstelle
für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg

Uwe Lohalm (Hrsg.)

**Arbeiterpartei und
Großstadtpolitik**

**Zum Wandel der SPD
in Hamburg im 20. Jahrhundert**

Ergebnisse Verlag

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

»Arbeiterpartei und Großstadtpolitik«: Zum Wandel der SPD in
Hamburg im 20. Jahrhundert / hrsg. von Uwe Lohalm
1. Aufl. - Hamburg: Ergebnisse Verlag, 1996
ISBN 3-87916-039-2
NE; Lohalm, Uwe [Hrsg.]

Hamburg 1996

© Ergebnisse Verlag. Alle Rechte vorbehalten

Satz: Text & Consorten, Hamburg

Druck: Runge, Cloppenburg

Titelbild: SPD-Plakat zur Bürgerschaftswahl am 9. Oktober 1927
(Museum für Hamburgische Geschichte)

ISBN 3-87916-039-2

Inhalt

Uwe Lohalm	7
Einführung	
Ursula Büttner	11
Vertretung von Arbeiterinteressen im Volksstaat. Die Probleme der Hamburger SPD mit der Regierungsverantwortung in der Weimarer Republik	
Frank Bajohr	29
Die Hamburger Arbeiterschaft im Nationalsozialismus	
Michael Wildt	40
Sozialdemokraten im Exil. Das Beispiel Max Brauer	
Walter Tormin	50
Die Neugründung der SPD nach dem Kriege 1945-1949	
Joachim Szodrzynski	63
Arbeiterschaft und Sozialdemokratie vor Godesberg	
Axel Schildt	75
Sozialdemokratische Politik in "Modernen Zeiten": die 60er Jahre	

Tabellenanhang	87
Quellen- und Literaturverzeichnis	93
Verzeichnis der Mitarbeiter	98

Uwe Lohalm

Einführung

Am 21. November 1945 ließ die britische Militärregierung die Bildung von politischen Parteien in Hamburg wieder zu; ein knappes Jahr später, am 13. Oktober 1946, wählte Hamburgs Bevölkerung zum ersten Mal seit über vierzehn Jahren wieder eine Bürgerschaft. Die Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg hat die 50. Wiederkehr des demokratischen Neubeginns zum Anlaß genommen, um in mehreren Veranstaltungen an die Geschichte der Demokratie in Hamburg zu erinnern. Als Auftakt führte sie in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung am 10. Februar 1996 eine öffentliche Veranstaltung über den Wandel der SPD in Hamburg im 20. Jahrhundert unter dem Thema »Arbeiterpartei und Großstadtpolitik« durch. Der zeitgeschichtliche Bogen spannte sich dabei von 1919, als Hamburg nach dem Ende des Ersten Weltkrieges bei 1,1 Millionen Einwohnern mit weit über 60.000 Arbeitslosen vor den Problemen der Umwandlung einer Kriegs- in eine Friedenswirtschaft gestanden hatte, bis heute, wo Hamburg bei 1,6 Millionen Einwohnern und davon über 80.000 Arbeitslosen sich mit tiefgreifenden, strukturellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umformungsprozessen konfrontiert sieht. Dazwischen lagen Aufstieg und Fall der ersten deutschen Demokratie, die Jahre des nationalsozialistischen Unrechtsregimes und des Zweiten Weltkrieges, die Zeit des Wiederaufbaus und der Prosperität. Vor diesem Hintergrund referierten und diskutierten unter der Leitung von Professor

Dr. Helga Grebing von der Universität Bochum und Professor Dr. Arnold Sywottek von der Universität Hamburg eine Historikerin und fünf Historiker aus Hamburg über den Weg der SPD in Hamburg von der dogmatischen Klassenpartei zur linken Volkspartei sowie über deren Wirken im Spannungsfeld von programmatischer Utopie und praktischer Politik. Im Anschluß daran war es einer Podiumsdiskussion von Politikern, Sozialwissenschaftlern und engagierten Zeitgenossen vorbehalten, den politischen Standort der Sozialdemokratie in der Gegenwart zubezimmen und mögliche Zukunftsperspektiven aufzuweisen.

Zweimal in der Geschichte des 20. Jahrhunderts übernahm die Sozialdemokratie in Hamburg die Verantwortung, nach Niederlage und Zusammenbruch das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in Hamburg aufzubauen und demokratisch auszugestalten. Beide Male lautete die Zielsetzung »Nur ein sozialistisches Hamburg kann ein gesundes und blühendes Hamburg werden«. Indessen stellten sich weder im Deutschland der Weimarer Republik noch dem der Bundesrepublik insgesamt hinreichende Bedingungen für eine konsequente Umsetzung des Sozialismus ein; auch in Hamburg nicht, wo die Sozialdemokratie über viele Jahrzehnte die Politik verantwortlich bestimmte. Hier war die SPD während der gesamten Zeit der Weimarer Republik Regierungspartei, allerdings stets zusammen mit weiteren Koalitionsparteien; Regierungspartei war sie ebenso in der Zeit der Bundesrepublik, mit Ausnahme der Jahre 1953 – 1957, zeitweilig sogar alleinregierend und ausgestattet mit deutlicher absoluter Mehrheit. So ist denn die Geschichte der Sozialdemokratie in Hamburg in weiten Teilen auch die Geschichte Hamburgs. Zwischen den Jahren der Weimarer und der Bonner Republik lag allerdings die nationalsozialistische Diktatur. Sie brachte Verfolgung und Exil für viele Sozialdemokraten sowie die Zerschlagung traditioneller sozialdemokrati-

scher Millieus und sie führte zur Entfremdung großer Teile der Arbeiterschaft von der organisierten Arbeiterbewegung.

Wie steht es angesichts dieser Befunde mit der oft geäußerten These: Hamburg war und ist sozialistisch, Hamburg war und ist rot?

Nun, wie wir wissen, sind die Selbstaussagen und andere Zeugnisse aus der Zeit durchaus widersprüchlich: Einst hatte August Bebel 1875 verkündet »Hamburg ist die Hauptstadt des deutschen Sozialismus«. Noch 1932 nach der Bürgerschaftswahl im April schrieb das Hamburger Echo: »Hamburg bleibt, was es war, eine Hochburg der Sozialdemokratie«, und wie zur Bestätigung notierte Joseph Goebbels am 27. Juli 1932 in sein Tagebuch: »Fahrt durch Hamburg und Altona. Beide Städte schwimmen in Rot. Ob es jemals gelingen wird, sie zu beugen?«. Allerdings nur zwei Jahre später betitelte Hermann Okraß, Hauptschriftleiter der nationalsozialistischen Gauzeitung, die bisherige Erlebnisgeschichte der NSDAP programmatisch mit »Hamburg bleibt rot. Das Ende einer Parole«. In einem Gestapobericht vom Januar 1938 heißt es über Hamburg dagegen: »Die Stimmung der Arbeiterschaft im hiesigen Bezirk gibt auch heute noch zu denken, die Arbeiter sind zu 70% rot.« Und in den Jahren des Wiederaufbaus nach dem Krieg sah dann der langjährige Parteivorsitzende Karl Meitmann die Bedeutung Hamburgs für die Bundesrepublik in der »sozialistischen Bewährung«.

Die geschichtswissenschaftlichen Rückblicke versuchen dagegen, eine kritische Bilanz zu ziehen über Ziel, Weg und Ergebnis sozialdemokratischer Politik in der Großstadt Hamburg. Sie zeigen, daß es der SPD in Hamburg weniger um politische Theorie als um praktische Politik ging, nicht um die konsequente Realisierung des sozialistischen Zukunftsstaates, sondern um die Gestaltung des materiellen Wiederaufbaus, um Ernährung und Woh-

nungen, Schulen und Verkehrswege, Arbeitsplätze und Produktion, schließlich um die soziale Ausformung der politischen Demokratie. In allen diesen Jahren, selbst nach den Erfahrungen von Verfolgung und Exil, betrieb die Sozialdemokratie eine Politik der Offenheit gegenüber den bürgerlichen Kräften in der Stadt, zunächst in direkter Anlehnung an diese, später im Bemühen um Zusammenarbeit, oft unter Hintanstellung oder gar Aufgabe eigener Zielsetzungen.

Die Forschungsstelle legt nunmehr die sechs geschichtswissenschaftlichen Vorträge der öffentlichen Veranstaltung vom 10. Februar 1996 vor. Als zusätzliche Information werden im Anhang Übersichten zur Entwicklung der SPD, zu den Bürgerschaftswahlen und den Senatskoalitionen sowie ein Verzeichnis über die benutzten und über weiterführende Quellen und Darstellungen angefügt. Vorträge und Anhang können allerdings die geschichtliche Entwicklung der SPD in Hamburg nur in groben Zügen und nur ausschnitthaft wiedergeben. Zudem endet vor der unmittelbaren Gegenwart die wissenschaftliche Kompetenz auch des Zeithistorikers. Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte Hamburgs wie der der Bundesrepublik Deutschland auf breiter quellenmäßiger Basis ist erst bis in die 60er Jahre vorgedrungen. So schließt denn diese historische Übersicht mit dem Beginn der 70er Jahre.

Für Unterstützung und Zusammenarbeit danke ich Frau Dr. Dorothee Stapelfeldt und Herrn Jörg Kuhbier vom Landesvorstand der SPD Hamburg sowie Herrn Dr. Dieter Dowe von der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn.

Ursula Büttner

Vertretung von Arbeiterinteressen im Volksstaat. Die Probleme der Hamburger SPD mit der Regierungsverantwortung in der Weimarer Republik

Wenn wir heute an die Weimarer Republik denken, fällt das Urteil meistens negativ aus. Sie erscheint als eine von Krisen erschütterte Periode, an deren Ende die Machtübernahme ihrer rechtsradikalen Gegner, der Nationalsozialisten, stand. Die schrecklichen Folgen dieses Machtwechsels machen es schwer, nicht die gesamte Zeit der ersten deutschen Demokratie aus dieser Perspektive zu sehen und nicht vor allem nach den Ursachen für ihr Scheitern zu suchen. Die Frage nach den strukturellen Vorbelastrungen dieses Staates steht oft einseitig im Vordergrund.

Dasselbe trifft für die Geschichte der SPD zu. Auch das Urteil über ihre Politik steht häufig unter dem Vorzeichen: Warum konnte sie den Sieg des Nationalsozialismus nicht verhindern? Diese Frage wird dann meistens schnell mit der These verbunden, daß eine geeinte Arbeiterbewegung den rechten Gegnern genügend Widerstand hätte entgegensetzen und die Republik retten können. Dabei wird übersehen, daß sich Sozialdemokraten und Kommunisten zwar im Negativen, in der Gegnerschaft gegen den Faschismus, einig waren, hinsichtlich ihrer positiven Ziele aber keineswegs übereinstimmten.

So wichtig die Fragen nach den Ursachen für das Scheitern der Weimarer Republik und der Arbeiterbewegung sind, gehen bei dieser Betrachtung, wenn sie allein maßgebend ist, doch andere wichtige Erkenntnisse verloren. Auch die Weimarer Republik muß als eine eigenständige Epoche mit ihren Stärken und Schwächen gesehen werden. Die aktuellen Schwierigkeiten und die tatsächlichen Leistungen sind ebenso zu würdigen wie die Fehlentscheidungen und Mißerfolge. Für die SPD bedeutet das, ihre Politik zum einen an ihren selbstgesetzten Zielen zu messen und sie zum anderen im Blick auf die wechselvollen Anforderungen in den verschiedenen Phasen der Weimarer Republik zu untersuchen. Der Nationalsozialismus wurde erst am Ende der zwanziger Jahre als ernste Gefahr und Herausforderung erkennbar.

I

Das Selbstverständnis und die Politikkonzeption aller Parteien der Weimarer Republik waren stark von den Erfahrungen im Kaiserreich geprägt. Bismarcks Verfassung hatte den Parteien zwar die parlamentarische Vertretung nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht (der Männer) ermöglicht, sie aber von der Mitverantwortung im Staat weitgehend ausgeschlossen. Ihr Einfluß auf die Regierung beschränkte sich im wesentlichen auf die Bewilligung der Finanzmittel; ansonsten bestand ihre Aufgabe darin, einer von ihnen unabhängigen politischen Führung gegenüber die Interessen ihrer Anhänger zur Geltung zu bringen. Da sie nicht selbst die Entscheidungen im Staat zu treffen und zu verantworten hatten, waren sie zu Kompromissen und Koalitionen nicht gezwungen, sondern konnten ihre Weltanschauung »rein«, ohne Abstriche, vertreten oder auch für partikulare Interessen sehr disparater Gruppen kämpfen, wobei sie nicht einmal auf die innere

Konsistenz ihres Programms achten mußten. Die SPD hatte als marxistische Arbeiterpartei die revolutionäre Veränderung der Gesellschaft auf ihre Fahnen geschrieben. Daneben gewannen aber schon im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts Kräfte an Boden, die für eine pragmatische Politik im Rahmen und unter den Bedingungen des bestehenden Staates eintraten, um Fortschritte für die Arbeiterschaft zu erreichen. Diese unvereinbaren Positionen konnten aus den geschilderten Gründen unvermittelt nebeneinander bestehen, ohne daß ein Ausgleich nötig gewesen wäre.

Auch in Hamburg läßt sich dieses Nebeneinander der heterogenen Richtungen beobachten. Die SPD besaß hier eine ihrer leistungsfähigsten, mitglieder- und finanzstärksten Organisationen. Seit 1890 wurden alle drei Hamburger Reichstagswahlkreise von Sozialdemokraten im Parlament vertreten. Elf Jahre später zog Otto Stolten als erster Sozialdemokrat in die Bürgerschaft ein. 1904 waren es zwölf; doch konnte die SPD bis zur Revolution von 1918 wegen der Benachteiligung der ärmeren Bevölkerungsschichten nie mehr als zwanzig der 160 Bürgerschaftsmandate erringen. Dennoch reichten die Erfolge aus, um den »revisionistischen« reformorientierten Flügel zu stärken. Vor allem die Vertreter der Freien Gewerkschaften und der Genossenschaften, die in der Hamburger SPD eine große Rolle spielten, drängten in diese Richtung. Ihre Taktik war nach einer Aussage Otto Stoltens, »jede erreichbare Position zu erkämpfen, um eine Basis für weitere größere Fortschritte zu gewinnen«. Gleichzeitig stellte auch die Hamburger SPD in großen Kundgebungen gegen Kapitalismus und Krieg ihre revolutionäre Kampfentschlossenheit zur Schau. So protestierte sie z. B. 1912 aus Anlaß des Balkankrieges gegen »Kriegshetzer« und »Rüstungsrummel«, und 1913 bot sie ihre Anhänger wegen neuer Steuer- und Rüstungsvorlagen zu Demonstrationen gegen den Kapita-

lismus und den »mit ihm verbündeten Militarismus« auf. Pragmatische Arbeit in den Parlamenten und »revolutionäre Demonstrationspolitik« standen nebeneinander.

Die revolutionären Parolen konnten Außenstehende über die tatsächliche Haltung der SPD täuschen. Spätestens bei Beginn des Ersten Weltkriegs aber wurde deutlich, wie eng sich die angeblich »vaterlandslosen Gesellen« dem deutschen Staat und der deutschen Nation schon verbunden fühlten. Die Hamburger SPD stellte sich nach der Mobilmachung sofort hinter die Entscheidung des Reichsvorstands, nun die Regierung zu unterstützen und die nötigen Kriegskredite zu bewilligen. Die Parteizeitung Hamburger Echo rechtfertigte den neuen Kurs in überschäumendem Patriotismus. »Wir müssen hinein in den blutigen Wirbel, wir müssen das Vaterland schützen. [...] Der Verteidigung unsere Kraft!«

Die staatlichen Organe, die die Vertreter der SPD bisher von allen Ämtern und Ausschüssen ferngehalten hatten, zogen sie jetzt heran, um bei der Lösung der Versorgungsprobleme zu helfen. Die SPD, die Gewerkschaften und Genossenschaften stellten ihren Organisationsapparat primär im Interesse der notleidenden Bevölkerung und besonders der hungernden und frierenden Arbeiter- und Soldatenfamilien zur Verfügung; doch durch ihre Mitarbeit wuchsen sie, wie es der liberale Politiker Carl Petersen 1915 beschrieb, immer mehr »in den wirtschaftlichen Betrieb und die Verwaltung des Staates hinein«. Die Linken bildeten eine schwache Minderheit, die ausgegrenzt und 1917 aus der SPD ausgeschlossen wurden. Erst in der letzten Phase des militärischen Ringens sicherten ihnen die Kriegsmüdigkeit der erschöpften Bevölkerung und die wachsende Gegnerschaft gegen ein Regime, das wegen utopischer Annexionswünsche und reaktionärer innenpolitischer Ziele zu keinem Frieden bereit war, größeren Einfluß. In der Revolutionszeit konnten sie daher für wenige Monate eine bedeutende Rolle spielen.

Der politische Umsturz am 9. November 1918 kam für die Hamburger SPD genauso überraschend wie für die Genossen im Reich. Der Mehrheit war die Revolution auch genauso unerwünscht. Sie fürchtete das »Chaos«, den Zusammenbruch der öffentlichen Verwaltung und Infrastruktur, der in der hocharbeitsteiligen Gesellschaft besonders für die Bevölkerung der Großstädte katastrophale Folgen haben mußte. Ihr erstes Ziel war es deshalb, Einfluß auf die revolutionäre Bewegung zu gewinnen; denn wegen der Zusammenarbeit mit den staatlichen Instanzen drohte die Führung der politisch aktiven Arbeiterschaft von der SPD und den Gewerkschaften auf die Unabhängige Sozialdemokratie und die »Hamburger Linksradikalen« überzugehen.

Im Arbeiterrat, der zusammen mit dem Soldatenrat bis zum März 1919 die Geschicke Hamburgs bestimmte, arbeiteten die drei Fraktionen unter dem Vorsitz des »Linksradikalen« Heinrich Laufenberg bei der Bewältigung der dringendsten Alltagsaufgaben – Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Brennstoff, Schutz der öffentlichen Sicherheit, Inganghaltung der Produktion – zunächst recht gut zusammen, erreichten auch die pragmatische Kooperation des alten Senats und der Verwaltung, konnten freilich die schwerwiegenden Differenzen über ihre grundsätzlichen politischen Ziele nicht überwinden. Die »Linksradikalen« wollten die Macht der Arbeiterschaft durch den Übergang zu einer Räteherrschaft sichern, die Unabhängigen plädierten für eine längere revolutionäre Zwischenphase, in der wesentliche Forderungen wie der Übergang zu einer sozialistischen Wirtschaft und die Demokratisierung von Militär und Verwaltung verwirklicht werden sollten. Die Sozialdemokraten setzten sich dagegen für eine baldige Beendigung der Revolution durch allgemeine Wahlen zu verfassunggebenden Versammlungen im Reich und in Hamburg ein, d. h. für die Er-

richtung einer parlamentarischen Demokratie. Da ihre Anhänger »nicht nur Sozialisten, sondern auch Demokraten« seien, so argumentierten sie im Hamburger Echo vom 14. November 1918, müßten sie den Willen der Volksmehrheit respektieren, und diese sei für die Einberufung verfassungsgebender Parlamente. Nachdem die SPD jahrzehntelang für das allgemeine gleiche Wahlrecht gekämpft habe, könne sie sich nun nicht dadurch »blamieren«, daß sie vor der Einführung zurückschrecke.

Die Funktion der Forderung hatte sich allerdings verändert: Im alten System war ihr Sinn gewesen, der Arbeiterschaft und den politisch benachteiligten Schichten Einfluß zu verschaffen, unter den veränderten Machtverhältnissen ermöglichte sie vor allem bürgerlichen Schichten, politisch wieder ins Spiel zu kommen. Die SPD hielt an der alten revisionistischen Vorstellung fest, daß die soziale Schichtung des Volkes erlauben würde, im Rahmen der parlamentarischen Demokratie durch Mehrheitsentscheidungen zum Sozialismus zu gelangen. Sie war überzeugt, wie es in dem Artikel vom 14. November 1918 weiter hieß, eine Majorität gewinnen zu können, »stark genug, für die Arbeiterklasse alles Notwendige zu erringen und unserer Volkswirtschaft die sozialistische Grundlage zu geben«. Ihre Entscheidung für die parlamentarische Demokratie war von alten politischen Konzeptionen bestimmt. Es fragt sich, ob die SPD auf die Aufgaben, die in der lange erstrebten, in der näheren Zukunft aber doch nicht erwarteten politischen Ordnung auf sie zukamen, besser vorbereitet war als auf die Revolution.

Zweierlei war nötig: Zum einen mußte sich die SPD von ihrer sozialen Zusammensetzung und von ihrem Selbstverständnis her von der Arbeiterpartei zur Volkspartei wandeln. Zum anderen mußte sie in ihrer Politik Konsequenzen daraus ziehen, daß sie nicht mehr einer von ihr unabhängigen Regierung gegenüber agieren konnte, son-

dern selbst als stärkste Partei die Regierung mitzutragen hatte. Der Kampf für politische Fernziele und der Einsatz für die Interessen nur einer sozialen Klasse oder Gruppe reichten nicht mehr.

II

Ich gehe zuerst kurz auf die erste Aufgabe ein: die Umbildung zur Volkspartei.

Die SPD war 1918 zuversichtlich – ich zitiere den Satz noch einmal –, bei allgemeinen Wahlen eine Mehrheit zu gewinnen, »stark genug, für die Arbeiterklasse alles Notwendige zu erringen und unserer Volkswirtschaft die sozialistische Grundlage zu geben«. Diese Annahme setzte voraus, daß weitere Bevölkerungskreise mit der Arbeiterklasse in ihren Interessen übereinstimmten und deren Führungsanspruch akzeptierten, denn die Arbeiterschaft bildete zwar die größte Bevölkerungsgruppe, umfaßte aber nicht die Mehrheit. 45% der Erwerbstätigen gehörten 1925 zur Berufsgruppe der Arbeiter, 16% waren Angestellte oder Beamte und 21% Selbständige. In Hamburg lag der Anteil der Arbeiter noch etwas niedriger bei 43%, die Angestellten waren mit 28% stark überrepräsentiert, und die Selbständigen stellten mit 18% auch hier fast ein Fünftel der Bevölkerung. Von Nachteil war für die SPD, daß die sogenannten »Arbeiter in charakteristischen Berufen« – das waren hauptsächlich die Facharbeiter und Handwerksgelesen, die traditionell den Kern ihrer Anhängerschaft bildeten –, mit einem Anteil von 45% an der gesamten Arbeiterschaft in Hamburg eine wesentlich geringere Rolle spielten als im Reichsdurchschnitt (59%). Entsprechend groß war der Anteil der ungelernten Arbeiter, besonders im Hafen, im Transport- und Lagereigewerbe. Sie ließen sich generell schwer organisieren und waren eher für die Parolen extremer linker Gruppen offen. Um ei-

ne zuverlässige Mehrheit für ihre Politik zu gewinnen, kam es für die SPD also vor allem darauf an, das Vertrauen dieser Arbeitergruppen zu erwerben und die Angestelltenschaft an sich zu binden.

Wie die Mitgliederstruktur zeigt, gelang ihr die Ausdehnung über ihre traditionelle Anhängerschaft hinaus in der Weimarer Republik nur zu einem geringen Teil. Die SPD blieb im wesentlichen die Partei der qualifizierten Arbeiter mit starker Bindung an die Freien Gewerkschaften. Mehr als 60% ihrer Mitglieder waren genau wie vor dem Krieg Arbeiter. Der Anteil der ungelerten Arbeiter ging dabei von 31% im Jahr 1914 auf 28% (1921) und 27% (1925) zurück. Der Anteil der Angestellten stieg zwar bedeutend von 1,5% (1914) auf 4,1% (1919), 9,4% (1928) und 11,4% (1931), kam damit der Größe dieser Bevölkerungsgruppe aber nicht einmal nahe. Auch die Beamten blieben, obwohl ihnen die Zugehörigkeit zur SPD nun eher nutzen als schaden konnte, mit weniger als 4% in der Partei unterrepräsentiert. Obwohl die SPD Akademiker für die Besetzung von Führungspositionen in Staat und Gesellschaft unbedingt brauchte, sahen sie sich in der Partei oft Mißtrauen und Aversionen gegen die »Gebildeten« ausgesetzt. Das traditionelle Gepräge der SPD wurde noch dadurch unterstrichen, daß ihre Mitgliederschaft im Vergleich zur Hamburger Bevölkerung relativ alt war. Auch die Wahlergebnisse wiesen die SPD als Arbeiterpartei aus. Ihre Hochburgen lagen in den Stadtteilen mit einem überdurchschnittlich hohen Arbeiteranteil an der Bevölkerung. In Stadtteilen mit einer überdurchschnittlich großen Angestelltenschaft schnitt sie dagegen generell besonders schlecht, oft sogar außerordentlich schlecht ab. So ist festzuhalten, daß es zwar Ansätze für eine Erweiterung der sozialen Basis der SPD gab, daß sie im wesentlichen aber doch eine Arbeiterpartei blieb.

Das galt noch mehr für ihr Selbstverständnis. In ihrer Wahlwerbung und Publizistik, ihren Versammlungen und Rechenschaftsberichten wandte sich die Hamburger SPD in erster Linie an die Arbeiterschaft. Deutlich seltener findet sich die weitere Formulierung: »An die arbeitende Bevölkerung«, und noch seltener wurden andere Gruppen speziell angesprochen, dann vor allem die Angestellten und die Hausfrauen. Vorwürfe gegen die Führung gingen immer in die Richtung: die Interessen der Arbeiterschaft zu verletzen, nie: die Demokratie zu schwächen oder der Mehrheit der Bevölkerung zu schaden. Typisch dafür ist die Auseinandersetzung in einer erregten Delegiertenversammlung auf dem Höhepunkt der innenpolitischen Krise am Ende der Inflationszeit. Die »rein verstandesmäßige Politik der Führer« widerspreche dem »Gefühl der Massen«, kritisierte ein Genosse, wie am 23. November 1923 im Hamburger Echo berichtet wurde. »Mit der rein formalen Demokratie kommen wir nicht weiter«. Die »Kraft der Arbeiterschaft« sei geschwächt, dennoch müsse die SPD sich auf sich selbst besinnen. »Wenn wir nicht siegen, dann wollen wir wenigstens ehrenvoll unterliegen.« Bei seiner Abwehr der Angriffe bezog sich auch der Parteivorsitzende Max Leuteritz auf die marxistische Lehre von der gesetzmäßigen historischen Entwicklung der Klassenkämpfe: »Die Klassenkämpfer, die unzufrieden sind, daß wir in den 4 Jahren nach der Revolution noch nicht zum Ziele gelangt sind, sind eben keine Klassenkämpfer.«

Nach ihrem Selbstverständnis war die SPD in der Weimarer Republik eine marxistische Arbeiterpartei. Sie war es in den Augen derer, die dieses Profil in der Opposition durch stärkere Betonung ihrer revolutionären Ziele deutlich machen wollten, aber sie war es auch für jene, die durch pragmatische Politik in der Regierung den Interessen der Arbeiterschaft am besten zu dienen meinten. Da sich die SPD nicht eindeutig zu der Aufgabe bekannte, un-

ter den veränderten Bedingungen der parlamentarischen Demokratie von der Arbeiterpartei zur Volkspartei zu werden, geriet sie immer dann in Erklärungsnot, wenn die Mehrheitsverhältnisse die Bildung eines reinen »Arbeitersenats« unter Duldung der KPD erlaubt hätten – zu einer förmlichen Regierungsbeteiligung war diese nicht bereit. Eine solche Situation erlebte die SPD nach der Bürgerschaftswahl 1927, als sie zusammen mit der KPD bis zur Wiederholung der Wahl im Februar 1928 für wenige Monate die absolute Mehrheit in der Bürgerschaft besaß. Wie sollte sie ihren Anhängern verständlich machen, daß sie Arbeiterpartei sein und dennoch keinen »Arbeitersenat« bilden wollte?

III

Ich gehe dann zum zweiten Fragenkomplex über: der Rolle der SPD als Regierungspartei.

Vor der Frage des »Arbeitersenats« stand die SPD zum ersten Mal bereits in der Revolutionsphase nach der Wahl zur Verfassunggebenden Bürgerschaft. Bei dieser Wahl zeigte sich, daß noch immer die große Mehrheit der Hamburger Arbeiterschaft die SPD unterstützte: Sie gewann 50,5% der Stimmen, während es die USPD auf 8,1% brachte; die KPD war noch eine unbedeutende politische Kraft und kandidierte nicht. Die SPD selbst besaß also eine knappe absolute Mehrheit in der Bürgerschaft, und da die USPD Tolerierung zusagte, wäre eine Alleinregierung durchaus möglich gewesen. Trotzdem entschied sich die SPD für eine Koalition mit den fortschrittlichen Liberalen, ihren häufigen Partnern in der Vorkriegs- und Kriegszeit, die als Deutsche Demokratische Partei (DDP) mit 20,5% der Stimmen das zweitbeste Wahlergebnis erzielt hatten. Sie verzichtete auf die Ausnutzung ihrer Mehrheit und überließ die Hälfte der Senatssitze führenden Politikern der DDP –

und sogar einigen Mitgliedern des Vorkriegssenats. Selbst das Amt des Ersten Bürgermeisters, der bei Stimmengleichheit im Senat den Ausschlag gab, erhielt einer von diesen Honoratioren. Der Spitzenpolitiker der SPD, Otto Stolten, begnügte sich mit dem zweiten Platz, da er – wie Leo Lippmann berichtet – der Ansicht war, daß an die Spitze des Senats ein Mann gehöre, »der auch den alten Hamburger Familien nahestehe«. Erst 1930 gelangte für zwei Jahre ein Sozialdemokrat in das Amt des Ersten Bürgermeisters.

Diese sozialdemokratische Selbstbeschränkung hat viel Kritik hervorgerufen, auch in der Forschung. Sie war in erster Linie von der Sorge um die Funktions- und Zahlungsfähigkeit des Hamburger Staates bestimmt, die für einen Großteil der Bevölkerung lebenswichtig war. Die Entscheidung für die Koalition war aber auch systemgerecht und folgerichtig unter den Bedingungen der neuen parlamentarischen Demokratie. Da die SPD noch keine Volkspartei war und angesichts ihrer begrenzten sozialen Basis nicht hoffen konnte, ihre Mehrheit nennenswert auszubauen, war es ein Ausdruck politischer Vernunft, mit der Partei ein Bündnis einzugehen, die das in den eigenen Reihen fehlende fortschrittliche Bürgertum vertrat, nämlich mit der DDP. Es widersprach außerdem dem Demokratieverständnis der SPD, eine zur Mitarbeit bereite Partei in der schwierigen Aufbauphase des neuen Staates von der Mitverantwortung auszuschließen. »Nicht die Unterdrückung anderer Anschauungen, sondern die Achtung vor der Überzeugung Andersdenkender, die Wertung der Tätigkeit aller Volksklassen, kann der Gesamtheit nur zum Glück gereichen«, formulierte der erste sozialdemokratische Bürgerschaftspräsident Berthold Grosse am 24. März 1919 sein politisches Credo. Arbeiterschaft und Bürgertum müßten gemeinsam die Geschicke der Hansestadt leiten, darin stimmten führende Politiker der SPD und der DDP

überein. Eine gewaltsame Ausschaltung des Bürgertums würde nur »den Weizen der Reaktion üppigst in die Halme schießen« lassen, so hieß es noch Jahre später, am 17. Oktober 1927, zur Begründung der Koalitionspolitik im Hamburger Echo.

Die Entscheidung für die Zusammenarbeit mit dem Bürgertum im März 1919 bildete die Grundlage für die ungewöhnliche politische Stabilität, durch die sich Hamburg in der Weimarer Republik gegenüber dem Reich und den meisten anderen Ländern auszeichnete. Dadurch blieb die Regierungskontinuität gewahrt, als 1921 die absolute Mehrheit verloren ging. Das gleiche Bündnis aus Sozialdemokraten, fortschrittlichen und gemäßigt konservativen Kräften bestimmte bis zum Machtantritt der Nationalsozialisten im März 1933 die Politik in Hamburg. Zu den Schwächen der Weimarer Republik gehörte andernorts, daß die SPD als stärkste Partei dennoch häufig der Regierung fernblieb, weil sie meinte, in der Opposition besser für ihr weltanschauliches Programm und die Interessen der Arbeiter kämpfen zu können. Diese Einstellung genügte den politischen Verhältnissen im Kaiserreich, in der parlamentarischen Demokratie aber widersprach sie deren Grundidee. Insofern hatte sich die Hamburger SPD den neuen politischen Gegebenheiten besser angepaßt. Manche Hinweise sprechen dafür, daß dieses bewußt geschah: Z. B. kritisierte die Hamburger Parteiführung scharf die Entscheidung ihrer Reichstagsfraktion im März 1930, die Regierung zu verlassen, weil dadurch das parlamentarische System gefährdet werde.

Aber auch in Hamburg war das Bild nicht eindeutig. Es gelang der SPD nur zum Teil, bei ihren Anhängern Verständnis für die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit dem Bürgertum in einer Koalitionsregierung und die dabei unvermeidlichen Kompromisse zu wecken. Viele wandten sich enttäuscht ab, wie die schweren Wahlverluste zwi-

schen 1920 und 1924 zeigten: Entweder verloren sie überhaupt jedes Interesse an Politik und vergrößerten die Zahl der Nichtwähler, oder sie wanderten zur KPD ab, die weiterhin den revolutionären Umsturz der Gesellschaft propagierte. Die »Arbeiterpartei« SPD sollte »Arbeiterpolitik« betreiben, und es fiel ihr oft schwer nachzuweisen, daß sie dies am besten in der Regierung, und das hieß: in Koalitionen mit bürgerlichen Parteien tun konnte. Die Spannung zwischen den Anforderungen an die »Arbeiterpartei« und an die »Regierungspartei« blieb eine dauernde Belastung. Es waren die typischen Probleme einer Übergangssituation, in der die neuen politischen Strukturen verändertes Verhalten erzwangen, Selbstverständnis und Maßstäbe aber noch von früheren Erfahrungen bestimmt waren. Das galt auch für die Verantwortlichen an der Spitze der Partei, weshalb sie ihren Kurs nicht immer mit dem nötigen Nachdruck und der erforderlichen Klarheit verteidigen konnten.

IV

Der Zwiespalt in der Spannung zwischen alten und neuen Strukturen läßt sich auch folgendermaßen beschreiben: Die SPD stand vor der doppelten Aufgabe, ihrer Rolle als Regierungspartei im »Volksstaat« gerecht zu werden und in diesem Rahmen möglichst viel für die Arbeiterschaft zu erreichen. Inwieweit ihr das gelang, kann ich nur in großen Zügen und an einigen Beispielen aufzeigen.

Nehmen wir zuerst die Regierungsbildung von 1919: Die Entscheidung für die Koalition entsprach, wie ich dargelegt habe, den neuen Bedingungen. Bei der Auswahl der von ihr beanspruchten Ressorts dagegen orientierte sich die SPD an der Vorkriegszeit. Sie wählte die Gebiete, denen schon damals ihre besondere Aufmerksamkeit gegolten hatte und für die sie daher über die nötigen Fach-

leute verfügte: die Schul-, Jugend-, Wohlfahrts- und Gesundheitspolitik. Es waren die Bereiche, die für die »minderbemittelte Bevölkerung« unmittelbar besonders relevant waren. Schlüsselpositionen wie die Leitung der Finanzdeputation und anfangs auch der Polizei überließ sie dagegen bürgerlichen Senatoren.

Ähnlich zweischichtig verlief auch die Arbeit an der neuen Verfassung. Die SPD überließ die Anfertigung des Entwurfs einem leitenden Juristen des alten Senats – so wie die SPD im Reich einen liberalen Staatsrechtler, Hugo Preuß, mit dieser Aufgabe betraut hatte. Bei der Beratung legte sie aber Wert darauf, die Vorherrschaft des Parlaments gegenüber der Regierung so stark zu verankern, daß eine Verselbständigung der Exekutive oder des Präsidenten des Senats unmöglich war. Sie zeigte hier mehr Verständnis für die Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie als ihre Kollegen im Reich.

Auch die Vorschläge für die demokratische Kontrolle von Militär und Polizei zeichneten sich durch größere Weitsicht aus als die Pläne der verantwortlichen Sozialdemokraten in Berlin, die ihre Konzeption freilich auch in Hamburg durchsetzten.

Auf anderen Gebieten fielen die Bemühungen, die politische Demokratie durch Veränderung der gesellschaftlichen Machtstrukturen abzusichern, dagegen ziemlich zaghaft aus. Bezüglich der Sozialisierung der Wirtschaft, auf die sich die meisten Hoffnungen der sozialdemokratischen Anhänger richteten, waren den Hamburgern durch Reichsrecht enge Grenzen gesetzt, und es war auch sicher nicht sinnvoll, in einem kleinen Wirtschaftsgebiet allein vorzugehen; aber die Hamburger Genossen schreckten selbst vor möglichen Eingriffen, z. B. zur Demokratisierung der Handelskammer, die von Vertretern der DDP gefordert wurden, aus Sorge vor einer Beeinträchtigung des Geschäftslebens zurück. Ebenso waren sie

bei Vorschlägen zur Demokratisierung der Verwaltung konservativer als die DDP. Anregungen, Ausbildungs- und Laufbahnvorschriften für den höheren Dienst zu lockern, um Seiteneinsteigern eine Chance zu eröffnen und die gesellschaftliche Homogenität des Beamtenkorps ein wenig zu verändern, fanden bei der SPD keine Unterstützung. Die Hochachtung vor den Experten und wiederum die Angst, die allgemeine Not durch eine Schwächung der Verwaltung zu vermehren, waren zu groß.

Bei anderen Entscheidungen betonte die Hamburger SPD ihre Rolle als Interessenvertretung des »einfachen Volkes«. So sorgte sie 1919 dafür, daß die Gründung der Universität durch die Errichtung der Volkshochschule ergänzt wurde. Dieser Fortschritt stand zugleich für einen Verzicht: Die SPD fand sich damit ab, daß der Zugang zur Universität – und das bedeutete ja auch zu leitenden Positionen in Staat und Gesellschaft – wie bisher weitgehend ein Privileg bürgerlicher Schichten sein würde.

Zu wesentlichen weiteren Neuerungen kam es in der Inflationsphase nicht mehr. Die Alltagsprobleme beanspruchten zu sehr alle Kräfte, und der Währungsverfall reduzierte den Handlungsspielraum immer stärker. Eine Fortsetzung der Reformpolitik war erst nach der Einführung einer stabilen Reichsmark im November 1923 möglich. Die SPD verfolgte nun konsequent die Linie, durch Erfolge im sozialen Bereich die »minderbemittelte« Bevölkerung, speziell die Arbeiterschaft, für die Partei und die Demokratie zu gewinnen.

Ich kann die Reformen, die in der kurzen Zeitspanne zwischen 1924 und 1929 auf den verschiedenen Gebieten eingeleitet wurden, um die Lebensqualität der bisher benachteiligten Schichten zu verbessern, nur summarisch behandeln. Die SPD konnte dabei immer auf die Unterstützung sozialreformerisch eingestellter Kreise in der DDP rechnen. Große Leistungen wurden insbesondere im Woh-

nungsbau erzielt. Mit Hilfe einer besonderen Steuer stellte der Staat seit 1924 große Summen zur Verfügung, um dem Wohnungsmangel abzuhelpfen. 98% aller Neubauwohnungen, insgesamt etwa 60.000, entstanden mit öffentlicher Unterstützung. Hamburgs berühmter Stadtbaumeister Fritz Schumacher hatte dadurch die Möglichkeit, gewisse Mindestanforderungen an die Qualität durchzusetzen: gute architektonische Gestaltung, Ergänzung der Wohnblocks durch Grün- und Spielanlagen, gute Querlüftung und Lichtdurchflutung der Wohnungen. Allerdings waren die Mieten eher für Lehrer, Angestellte und besonders gut verdienende Facharbeiterfamilien als für die Masse der Arbeiter erschwinglich; aber auch sie gehörten ja nicht zu den wohlhabenden Bevölkerungsschichten. Eine Aufgabe für eine »Volkspartei« SPD lag hier allemal.

Bedeutende Verbesserungen für die breite Bevölkerung gab es auch bei Schule und Ausbildung. 1919 wurde die vierklassige Grundschule für alle Kinder obligatorisch, ferner wurde die Berufsschulpflicht eingeführt. An der Volksschule gab es generell Schulgeld- und Lernmittelfreiheit, an den Oberschulen vielfach gestaffelte Ermäßigungen und Beihilfen für Kinder aus einkommensschwachen Familien. Hamburg errichtete als erstes Land Aufbauschulen: Reformoberschulen, die im Anschluß an die 7. Klasse der Volksschule zum Abitur führten. An den Volksschulen selbst wurden Oberstufen geschaffen, so daß begabte Kinder dort die mittlere Reife erwerben konnten. Die Reformpädagogik, deren Ziel es war, nicht mehr nur Wissen zu vermitteln, sondern die Kreativität, Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Schüler und Schülerinnen zu fördern, erhielt in Hamburg engagierte Unterstützung. Dafür mußten Volksschulen um Musik-, Gymnastik- und Festsäle erweitert werden, für Konservative ein Anlaß für ständige Klagen über die Verschwendungssucht des Hamburger Staates. Die Klassen wurden bedeutend verklei-

nert. Vor allem wurde die Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen erheblich verbessert, u. a. 1926 ein dreijähriges Universitätsstudium für Volksschullehrer eingeführt.

Wenn wir weiter an den Wandel der »Armenfürsorge« zur »Wohlfahrtspflege«, die fortschrittliche Jugendpolitik, die Vorreiterrolle Hamburgs bei der Schaffung eines modernen Strafvollzugs, gerade auch für jugendliche Straftäter, den Aufbau von Verwaltungs- und Arbeitsgerichten, die Begründung einer Arbeitslosenversicherung durch Reichsgesetz 1927 und die Errichtung einer modernen rational gegliederten, effektiven Verwaltung denken, dann lassen sich die Reformleistungen der Weimarer Republik besonders in Hamburg sehr wohl sehen. Es gab in dem relativ ruhigen Jahrfünft zwischen der Inflationszeit und der Weltwirtschaftskrise Anzeichen dafür, daß die Menschen, denen diese Anstrengungen in erster Linie zugute kamen, sie anerkannten und bei den Wahlen honorierten. Die Zeit reichte jedoch nicht, daß sich dieser Trend stabilisieren konnte.

In der Weltwirtschaftskrise zwang die allgemeine Finanznot dazu, viele Reformbemühungen einzustellen oder sogar rückgängig zu machen. Immer mehr Menschen gerieten in tiefes Elend. Schließlich waren in Hamburg, wie die Betriebszählung im Juni 1933 ergab, 38% aller Arbeitnehmer und sogar 46% der Arbeiter erwerbslos. Von den ständig weiter reduzierten Unterstützungen konnten sie und ihre Familien kaum noch leben. Da überzeugten die »sozialen Errungenschaften« der Weimarer Republik nicht mehr. Alle Regierungsparteien mußten sich fragen lassen, was sie gegen die aktuelle Misere taten. In Ländern und Kommunen fehlte ihnen aber der Handlungsspielraum, um wirklich gegen die Krise vorzugehen, statt nur die schlimmsten Auswirkungen zu mildern. Vielen Anhängern der SPD erschien der Einsatz für den Volksstaat zunehmend als sinnlos. »Was nützt uns die schönste Demokratie,

wenn wir nichts zu fressen haben?» – dieser Satz brachte die weitverbreitete Stimmung auf den Punkt. Die Beteiligung der SPD an Koalitionen und Regierungen hatte der Arbeiterschaft nichts eingetragen, so meinten immer mehr verzweifelte Genossen. Richtiger war wohl doch der Weg der KPD, in grundsätzlicher Opposition gegen das bestehende System für die Interessen des Proletariats zu kämpfen.

Das ungelöste Dilemma der SPD zwischen den Anforderungen an sie als Regierungspartei und als Arbeiterpartei war wieder akut. Die Mitarbeit in der Regierung wurde zur »Politik des kleineren Übels«, zu der es keine Alternative gab. Die einzige Rechtfertigung war die Bedrohung durch die NSDAP, bei deren Sieg die SPD weder als Regierungspartei noch als Arbeiterpartei eine Zukunft hatte.

V

Ich will versuchen, mein Ergebnis thesenartig zusammenzufassen: Die Schwierigkeiten der SPD in der Weimarer Republik waren die typischen Probleme einer festgefügt Weltanschauungspartei in einer Übergangsperiode. Die Bedingungen für das Funktionieren einer parlamentarischen Demokratie erkannten die führenden Hamburger Sozialdemokraten recht gut, und sie wurden ihnen, indem sie als stärkste Partei grundsätzlich an der Unterstützung der Regierung festhielten, auch im wesentlichen gerecht. Das schließt nicht aus, daß sie den Handlungsspielraum für die Durchsetzung ihrer eigenen Ziele manchmal, wenn nicht oft, zu gering einschätzten und deshalb allzu vorsichtig agierten. Die Umwandlung von der Arbeiterpartei zur Volkspartei gelang dagegen weniger gut, und daraus ergaben sich viele Konflikte. Denn als Regierungspartei konnte die SPD nicht reine Arbeiterpolitik betreiben, wie viele Anhänger von ihr forderten, sondern mußte den Interessen weiterer Bevölkerungskreise dienen.

Frank Bajohr

Die Hamburger Arbeiterschaft im Nationalsozialismus

I

Am 16. Juni 1933, sechs Tage vor dem offiziellen Verbot der SPD, traf sich der erweiterte Landesvorstand der Hamburger Sozialdemokraten, um über die Perspektiven der weiteren Arbeit zu beraten. Kurz vor Beendigung des Treffens wurde der Sitzungsraum durch Polizei und Marine-SA gestürmt und die etwa 40 anwesenden Sozialdemokraten dem sogenannten Kommando z.b.V. zugeführt, das in den Großen Bleichen residierte. Was sich dort in den folgenden Stunden abspielte, war in der neueren Hamburger Geschichte ohne Beispiel. Die meisten männlichen Vorstandsmitglieder, allen voran der Parteivorsitzende Karl Meitmann, sahen sich in den sogenannten Verhören schlimmsten Mißhandlungen ausgesetzt. Adolph Schönfelder, der noch wenige Wochen zuvor als Hamburger Innensenator amtiert hatte, wurde von ehemaligen Untergebenen bespuckt, gehohlet, geschlagen und mit schwarz-rot-goldenen Bändern behängt. Nach den »Vernehmungen« schloß sich für die meisten Verhafteten ein mehrwöchiger Aufenthalt im Konzentrationslager Fuhlsbüttel an.

Die Verhaftung und Behandlung des SPD-Parteivorstandes steht hier beispielhaft für eine Vielzahl gewalttätiger Übergriffe, der sich kommunistische und sozialdemokratische Funktionäre in Hamburg vor allem 1933 aus-

gesetzt sahen. In den ersten beiden Jahren der NS-Herrschaft wurden in Hamburg über 5.000 Anhänger der Arbeiterbewegung in sogenannte »Schutzhaft« genommen und 1648 Personen wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt. Diese terroristische Unterdrückung der sozialistischen Arbeiterbewegung bildete eine der Voraussetzungen nationalsozialistischer Herrschaft, die stets mitbedacht werden muß, wenn im folgenden von nationalsozialistischer Arbeiterpolitik die Rede ist.

II

Die Arbeiterpolitik der Hamburger Nationalsozialisten erschöpfte sich freilich nicht in Repression und Terror, die sich fast ausschließlich gegen den aktivistischen Kern der Arbeiterbewegung richteten. Während die NS-Propaganda den sogenannten »marxistischen Bonzen« unnachsichtige Verfolgung androhte, warb sie gleichzeitig um den sogenannten »deutschen Arbeiter«, dem sie einen anerkannten Platz in der »Volksgemeinschaft« versprach. Gegenüber dem Gros der Arbeiterschaft verfolgte die Hamburger NSDAP daher einen sozial-populistischen Integrationskurs, dessen Protagonist der NSDAP-Gauleiter Karl Kaufmann war. Fast alle politischen Entscheidungen der Hamburger Nationalsozialisten durchzog das *ceterum censeo* Kaufmanns, daß auf die Stimmung der Hamburger Arbeiterschaft Rücksicht genommen werden müsse.

Unter dem Schlagwort vom »Sozialismus der Tat« entwickelte Kaufmann eine Reihe sozialer Initiativen vor allem gegenüber der Hafendarbeiterschaft. Ihre Kernstücke waren die von ihm konzipierte »Hilfsstelle Hafen«, ein System von Ausgleichszahlungen für ständige und unständige Hafendarbeiter, ein Siedlungswohnungsbau für Hafendarbeiter sowie günstigere Verkehrstarife. Als sich der Ham-

burger Hafen nach 1933 zunehmend zum Gesamthafenbetrieb entwickelte, verbesserte sich dementsprechend auch die materielle Lage der unständigen Hafendarbeiter. Darüber hinaus verteidigte Kaufmann das hohe Lohnniveau in Hamburg gegenüber Unternehmerforderungen nach Lohnsenkungen die insbesondere bei der Ansiedlung neuer Betriebe erhoben wurden, und entwickelte Initiativen zur Lohnfortzahlung für Arbeiter an Feiertagen. Einzelne Arbeitergruppen wie die städtischen Sielarbeiter förderte er gezielt durch Lohnaufbesserungen und Urlaubszeitverlängerungen. Aus Mitteln seiner »Hamburger Stiftung von 1937« finanzierte er eine »Weihnachtsspende des Reichsstatthalters« und leistete im Krieg spezielle Zuwendungen an Bombenopfer, indem er Patenschaften für Kinder übernahm, die nach Luftangriffen zu Vollwaisen geworden waren.

Auch wenn dieser Sozialpopulismus schwerlich als systematische Sozialpolitik bezeichnet werden kann, weil er vor allem auf propagandistische Effekte abzielte, so war er doch mehr als bloßes »fürsorgliches Gehabe«. Vor und nach 1933 hatte die Propaganda der Arbeiterbewegung den Nationalsozialismus als soziale Reaktion und politisches Anhängsel des Großkapitals eingestuft. Angesichts der sozialpopulistischen Offensiven der Nationalsozialisten stimmte diese Sicht mit der Alltagserfahrung vieler Arbeiter immer weniger überein.

III

In den ersten beiden Jahren der NS-Herrschaft schlug den Hamburger Nationalsozialisten noch eine weitreichende Mißstimmung der Bevölkerung entgegen. Darauf deuten die Ergebnisse der Vertrauensratswahlen, vor allem aber das Ergebnis der Volksabstimmung vom 19. August 1934 hin, als über 20% der Hamburger Bevölkerung gegen die

Zusammenlegung der Ämter des Reichspräsidenten und Reichskanzlers stimmte. Dies waren doppelt so viele Nein-Stimmen wie im Reichsdurchschnitt. In manchen ehemaligen Hochburgen von SPD und KPD betrug die Ablehnungsquote bis zu 40%. Dementsprechend kommentierte NSDAP-Gauleiter Kaufmann das Abstimmungsergebnis als »die tiefste Enttäuschung meiner langjährigen Tätigkeit in der Partei«. Mißstimmung und Unzufriedenheit resultierten vor allem aus der schlechten Wirtschaftssituation Hamburgs, die in den ersten zwei Jahren der NS-Herrschaft kaum Tendenzen zur Besserung zeigte. Die monostrukturelle Ausrichtung der Hamburger Wirtschaft auf Handel und Hafen stand in schroffem Gegensatz zur Autarkiepolitik der Nationalsozialisten, von der in erster Linie Industrie und Landwirtschaft profitierten. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Hamburger Nationalsozialisten verpufften daher 1933 und 1934 als wirkungsloses Strohfeuer. Ende 1934, als die Zahl der Arbeitslosen in Hamburg immer noch über 100.000 betrug, war jedoch die Talsohle durchschritten. Bis 1938 sank die Zahl der Arbeitslosen kontinuierlich auf 29.000 und kurz vor Kriegsausbruch konnte die Hamburger Wirtschaft in weiten Bereichen Vollbeschäftigung vermelden.

Die Hamburger Arbeiterschaft gehörte keineswegs zu den Hauptleidtragenden dieses verzögerten Wirtschaftsaufschwunges. Als größtes strukturelles Problem des Hamburger Arbeitsmarktes hatte sich vielmehr die Dauerarbeitslosigkeit Tausender kaufmännischer Angestellter entpuppt, die in den Kontoren der Handelsfirmen keine Beschäftigung mehr fanden. Demgegenüber profitierten zumindest Teile der Arbeiterschaft von dem schleichenden Wandel Hamburgs vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede. So konnte etwa die Hamburger Werftindustrie, die in besonderem Maße von den Aufträgen der Kriegsmarine lebte, ihren Belegschaftsstand ab 1933 beständig

vermehrten. Beschäftigten die Hamburger Werften 1933 lediglich 5.847 Personen, so hatte sich ihr Personalbestand bis 1937 auf 22.166 fast vervierfacht. Seit 1936 machte sich hier sogar ein erheblicher Arbeitermangel bemerkbar. Während die wirtschaftliche Situation im Hamburger Handel stagnierte, stieg die Zahl industrieller Arbeitsplätze deutlich an – teilweise durch die Erweiterung bestehender Produktionskapazitäten, teilweise durch die Neuansiedlung rüstungsrelevanter Betriebe, nicht zuletzt auch durch die Eingemeindung preußischer Industriestädte wie Hamburg-Wilhelmsburg und Altona im Zuge des »Groß-Hamburg-Gesetzes« 1937. Allein durch Eingemeindungen steigerte Hamburg die Zahl seiner Industriebetriebe um 78% auf über 1.500, in denen mehr als 170.000 Arbeiter beschäftigt waren.

Der verzögerte Wirtschaftsaufschwung hatte zwar in den Anfangsjahren der NS-Herrschaft unter den Arbeitern Unzufriedenheit und Mißstimmung hervorgerufen, ging jedoch keineswegs mit einer Stimmung des Aufbegehrens einher. So fällt auf, daß Hamburg neben dem wirtschaftlich unbedeutenden Schaumburg-Lippe das einzige Territorium des Deutschen Reiches war, das weder 1936 noch 1937 auch nur eine einzige Arbeitsniederlegung meldete. Bereits 1934 hatte ein SOPADE-Bericht aus Hamburg unter den Arbeitern der Rüstungsindustrie eine »an Feigheit grenzende Angst« konstatiert. Wer nach jahrelanger Arbeitslosigkeit, nach Not, Entbehrung und perspektivloser Untätigkeit wieder eine Arbeitsstelle gefunden hatte, wollte diese begreiflicherweise um keinen Preis wieder riskieren. Als sich die wirtschaftlichen Rahmendaten Mitte der 30er Jahre auch in Hamburg verbesserten, war das Gros der Hamburger Arbeiter für einen politischen Umsturz nicht mehr zu gewinnen. Sie setzten nicht auf einen Sturz des Nationalsozialismus, sondern auf ihre persönliche Konsolidierung *im* Nationalsozialismus.

Die große Mehrheit der Hamburger Arbeiter arrangierte sich daher pragmatisch mit den bestehenden Verhältnissen und nahm die Integrationsangebote der Nationalsozialisten an. So entstand nach 1933 eine atomisierte Gesellschaft, die einerseits durch ein bis dahin unbekanntes Maß an Zwang und Repression, andererseits aber auch durch sozial-populistische Integration gekennzeichnet war. Unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen entwickelten sich insbesondere in der jüngeren Arbeiterschaft individuelle Verhaltensweisen, die mit den traditionellen Aktionsformen der Arbeiterbewegung nichts mehr zu tun hatten. So konnte etwa der offiziell verkündete Lohnstopp durch Arbeitsplatzwechsel oder Drohung mit dem Arbeitsplatzwechsel individuell unterlaufen werden. Schon 1935 konstatierten die SOPADE-Berichte daher über die jüngere Arbeitergeneration: »Vor allem bei jungen Arbeitern kann man oft den Eindruck haben, daß sie überhaupt nicht mehr auf den Gedanken kommen, sie könnten durch gemeinschaftliches Handeln ihren Forderungen mehr Nachdruck verleihen.«

IV

Das pragmatische Arrangement mit den bestehenden Verhältnissen kennzeichnete nicht nur den Umgang der Arbeiter mit dem Nationalsozialismus, sondern erfaßte auch das sozialdemokratische Milieu. Zwar gab es in den Anfangsjahren der NS-Herrschaft noch beeindruckende Demonstrationen des Zusammenhalts, wie anläßlich der Beerdigung ehemaliger Parteimitglieder, zu denen sich oft Hunderte von Sozialdemokraten zusammenfanden. Gleichzeitig ließen sich jedoch auch ehemalige SPD-Mitglieder auf die Integrationsangebote der Nationalsozialisten ein. So vermerkte ein SOPADE-Bericht des Jahres 1935: »Hamburg. Die Einstellung unserer Genossen zu den KdF-

Veranstaltungen hat sich sehr geändert. Aus der ursprünglichen Ablehnung ist jetzt eifrige Beteiligung geworden. [...] Die Arbeiter betrachten die Reisen nicht als Naziangelegenheit. Bei einer Fahrpreismäßigung von 75% kann der Arbeiter mal einige Tage aus dem Elend heraus.« Im Jahre 1936 bemerkte ein sozialdemokratischer Beobachter im Hinblick auf seine ehemaligen Genossen, »daß der Mensch einfach in erster Linie Familienvater und Berufsmensch ist, und daß die Politik erst in zweiter Linie bei ihm kommt, und zwar auch nur dann, wenn er sich etwas davon verspricht. Viele lehnen aus dieser Grundeinstellung heraus die Beteiligung an der illegalen Arbeit ab, sie glauben, daß sie keinen Zweck hat und daß man deswegen nur ins Zuchthaus kommen kann.«

Nur eine – allerdings beachtliche – Minderheit zeigte sich unter diesen Umständen zur Untergrundarbeit gegen das NS-Regime bereit. Der organisierte Widerstand der Hamburger Sozialdemokratie wurde vor allem von jüngeren, aktivistischen Parteimitgliedern getragen, unter denen ehemalige Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Schutzformationen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold besonders stark vertreten waren. Die Namen Walter Schmedemann, Otto Grot und Heinz Gärtner stehen hier stellvertretend für diejenigen Sozialdemokraten, die ihren Einsatz gegen den Nationalsozialismus mit langjährigen Haftstrafen bezahlen mußten. Dieses persönliche Opfer wird auch nicht dadurch relativiert, daß die verfolgten Sozialdemokraten zu den wenigen Opfern des Nationalsozialismus gehörten, die als Nachkriegssieger ihre individuelle Leidensgeschichte in eine kollektive Erfolgsgeschichte einbetten konnten, die ihrem Leiden auch nachträglich noch den entsprechenden Sinn verlieh. Die traumatische Erfahrung der Hilflosigkeit und existenziellen Demütigung unter der Folter der Gestapo mußte hingegen persönlich bewältigt werden und war auch parteiintern nie diskutierbar.

Wer sich auf eine Widerstandstätigkeit einließ, konnte sich der Zustimmung selbst der unmittelbaren sozialen Umgebung keineswegs sicher sein. Häufig überwogen Gleichgültigkeit, wenn nicht gar offene Ablehnung. Als etwa ein Arbeiter bei der Hamburger Maifeier des Jahres 1934 den Hitlergruß verweigerte und deswegen von Nationalsozialisten zusammengeschlagen wurde, bemerkte ein SOPADE-Bericht zur Reaktion der Anwesenden: »Der Vorfall stieß auf die volle Gleichgültigkeit der Umstehenden, die nicht mit dem Arbeiter sympathisierten, sondern sagten: Na ja, grüßen hätte er doch wenigstens können!«

Durch die gewaltsame Beseitigung der proletarischen Öffentlichkeit war der Transfer sozialdemokratischen Gedankenguts von der älteren, gewerkschaftlich geprägten Arbeiterschaft auf die jüngere Generation unterbrochen worden. Ein SOPADE-Bericht aus Hamburg vom Juni 1939 stellte in diesem Zusammenhang fest, daß sich die alten Arbeiter in den ständig anwachsenden Belegschaften absonderten und nur unter sich ihre Meinungen noch gelegentlich austauschten: »Diese einschmelzende Kraft der Arbeiterbewegung besteht nicht mehr. Die Nationalsozialisten haben sie bewußt vernichtet und stattdessen ihre Politik systematisch darauf abgestellt, die Arbeiterschaft zu atomisieren. Diejenigen, die schon früher gedacht haben, denken auch heute noch, und die, die schon früher nicht gedacht haben, denken jetzt noch weniger. Nur daß die Denkenden heute die Nichtdenkenden nicht mehr zu führen vermögen.«

V

Es ist unter Historikern umstritten, ob und in welchem Umfang den Nationalsozialisten auch eine ideologische Integration der Arbeiterschaft gelang. Zwar finden sich in den SOPADE-Berichten aus Hamburg gelegentlich Mitteilun-

gen, die darauf hindeuten – etwa über die Verbreitung des Antisemitismus in der ungelerten Arbeiterschaft. Insgesamt jedoch sind an der These von der ideologischen Integration der Arbeiterschaft in den Nationalsozialismus Zweifel angebracht. Sie müßte nämlich erklären, warum die Alliierten 1945 auf eine deutsche Bevölkerung stießen, in der sich buchstäblich niemand mehr zum Nationalsozialismus bekennen mochte. Dieses Faktum kann sicher nicht nur auf Opportunismus zurückgeführt werden.

Der Schlüssel für den »Burgfrieden« der Arbeiterschaft mit dem NS-Regime lag sicher nicht im ideologischen Angebot der Nationalsozialisten, sondern in ihren praktischen »Erfolgen«. Der Abbau der Arbeitslosigkeit, die konsolidierten materiellen Verhältnisse, die Revision des Versailler Vertrages und die militärische Siegesserie in den ersten Kriegsjahren, die zunächst nur geringe eigene Opfer kostete, waren für den zwar stets fragilen, aber doch zeitweise tragfähigen Konsens zwischen Arbeiterschaft und Regime entscheidend.

Dieser zeitweilige Konsens verflog jedoch rasch, als die Erfolge in der zweiten Kriegshälfte ausblieben, eine Kette verheerender Niederlagen einsetzte und die Belastungen im Arbeitsalltag, insbesondere aber durch den Bombenkrieg, drastisch anstiegen. In der Hamburger Industrie wurde 1944 mindestens 54 Wochenstunden gearbeitet – und dies angesichts einer permanent gestörten Nachtruhe infolge der Bombenalarme. Die grassierende Kritik vieler Arbeiter an der Korruption und dem »Bonzenium« nationalsozialistischer »Goldfasane« sprengte die propagandistische Fassade der »Volksgemeinschaft« und öffnete den Blick auf die zahllosen Schattenseiten des Regimes, die im Rausch der Siege verdrängt worden waren. Als in der Endkriegsphase deutlich wurde, daß das Regime ohne Rücksichtnahme auf die Bevölkerung nur noch um das eigene Überleben kämpfte, löste sich der Konsens

zwischen Arbeiterschaft und Regime endgültig auf und wich desillusionierter Apathie. Die Stimmung der Hamburger Arbeiterschaft in der Endkriegsphase dürfte sich wohl typisch in einem Gespräch zweier Arbeiter widergespiegelt haben, das ein Hamburger Wehrmachtspropagandaoffizier Ende März 1945 belauschte und in einem internen Lagebericht wiedergab: »In der Straßenbahn 33 unterhielten sich zwei Arbeiter im höhnischen Ton: Hitler oder irgend einer hat 1933 gesagt: ›Gebt mir zehn Jahre Zeit, und ihr werdet luftige und sonnige Wohnungen haben, ihr werdet eure Städte nicht wiedererkennen, keiner soll hungern und frieren.« Jetzt aber soll der Tommy kommen und Schluß machen, damit wir wieder ein vernünftiges und geordnetes Leben führen können.«

Ein vernünftiges und geordnetes Leben hatte Hitler nach langen Jahren politischer und wirtschaftlicher Dauerkrisen versprochen. Dieses Versprechen wurde durch Zerstörung, Tod und Chaos im Gefolge des Krieges für jeden sichtbar dementiert. Welche Auswirkungen die Massenverbrechen des Nationalsozialismus auf das Verhältnis zwischen Regime und einer Bevölkerung hatten, die zunehmend auf den alltäglichen Überlebenskampf fixiert war, – diese Frage bedarf für Hamburg noch eingehender Forschungen.

Die Sozialdemokraten fanden sich 1945 unversehens in der Position derjenigen wieder, die mit ihren Prognosen »Hitler bedeutet Krieg« recht behalten hatten. Noch wenige Jahre zuvor hatte die Sozialdemokratie in den Augen der Bevölkerungsmehrheit jedoch als überholt, ja historisch widerlegt gegolten. Schon deshalb konnte sie sich beim politischen Neuaufbau keineswegs auf die bruchlose Kontinuität eines sozialmoralischen Milieus stützen. Die weitflächige Zerstörung der Hamburger Arbeiterquartiere im Bombenkrieg und die Bevölkerungsdurchmischung im Zuge von Evakuierung, Einquartierung, Flucht und Vertrei-

bung boten dafür schon strukturell keinerlei Voraussetzungen. In den Betrieben stießen die wenigen altgedienten Arbeiterfunktionäre auf desillusionierte Hitlerjungen, Wehrmachtssoldaten und Arbeiter, die noch nie in ihrem Leben einen Betriebsrat gesehen hatten und unter einer Betriebsversammlung einen verordneten Gemeinschaftsappell verstanden. In der Hamburger Trümmersgesellschaft, in der Schicksalslagen vorübergehend wichtiger als Klassenlagen schienen, gab es keinen Rekrutierungsautomatismus alter Parteimilieus mehr, trotz aller personellen Kontinuitäten im Bereich der führenden Funktionärschicht. Für die Hamburger Sozialdemokraten erwiesen sich diese vermeintlichen Hypotheken des Neuanfangs jedoch mittelfristig als Chance, sich von der Arbeiterpartei zur Volkspartei zu wandeln und auch außerhalb der Arbeiterschaft zur politisch mehrheitsfähigen Alternative zu werden.

Michael Wildt

Sozialdemokraten im Exil. Das Beispiel Max Brauer

I

Am 27. Februar 1933, genau an jenem Tag, in dessen Abendstunden der Reichstag in Flammen aufging, erschien das nationalsozialistische Hamburger Tageblatt mit der Schlagzeile: »Korruptionsskandal Brauer/Altona«. Brauer und seinem Senator August Kirch wurde vorgeworfen, vom ehemaligen Intendanten des Schillertheaters in Altona Geld und Geschenke angenommen und im Gegenzug das Theater mit hohen Subventionen aus dem Stadtsäckel bedacht zu haben. Der Artikel gipfelte in der Drohung: »Herr Brauer, Ihre Zeit ist abgelaufen. Sie sind keinen Tag länger Oberbürgermeister, als wir es wollen!«

Der Vorwurf der Korruption war keineswegs neu und in diesem Fall ebenso abgeschmackt wie in den vorangegangenen. Dieses Mal jedoch war die politische Stimmung aufgeheizt genug, die Nationalsozialisten zur »Machtergreifung« und zur Abrechnung mit ihren Gegnern entschlossen, als daß Brauer die Drohung hätte unterschätzen dürfen. Führende Sozialdemokraten wie Scheidemann, Breitscheid, Hilferding oder Otto Braun verließen in diesen Wochen Deutschland, um der Verfolgung zu entgehen. So ist es nur zu verständlich, daß auch Brauer sich einer möglichen Verhaftung und Verschleppung in ein Konzentrationslager durch Flucht entzog. Am 25. März überschritt er

wie ein Tagesausflügler zu Fuß die Grenze nach Österreich. Seinen buchstäblich einzigen Koffer brachte ihm ein zuverlässiger Genosse nach.

In den sozialdemokratischen Spitzengremien überwog zur selben Zeit noch die Hoffnung, im Hitler-Deutschland auch künftig legal politisch wirken zu können. Otto Wels' mutige Rede gegen das Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 enthielt auch den Appell an die Hitler-Regierung, »streng nach Wortlaut und Sinn der Verfassung zu regieren«. Die Reichskonferenz am 26. April, auf der ein neuer Parteivorstand gewählt wurde – der die ganze NS-Zeit hindurch im Amt bleiben sollte –, hielt am »Legalitätskurs« fest. Erst der Schlag gegen die Gewerkschaften am 2. Mai und die Beschlagnahme des Parteivermögens wenige Tage später zwang zum Umdenken – und die Parteispitze in die Emigration. Ende Mai 1933 konstituierte sich in Prag der Exilvorstand der SPD, Sopade genannt. Am 22. Juni verboten die Nationalsozialisten die sozialdemokratische Partei und verhafteten in der nachfolgenden Terrorwelle Tausende von Sozialdemokraten.

II

Zu dieser Zeit befand sich Brauer bereits in Paris. Er hatte Österreich schon im April wieder verlassen und in Frankreich Zuflucht gesucht. Durch glückliche Umstände wurde ein Vermittler der nationalchinesischen Regierung unter Chiang Kai-shek, die dringend westliche Berater für die Modernisierung ihres Landes suchte, auf Brauer und andere deutsche Emigranten aufmerksam und engagierte sie als »Entwicklungshelfer«.

Die politischen Verhältnisse in Deutschland, das unablässige Abwägen, wie lange sich die Nationalsozialisten an der Macht halten würden, beschäftigten Brauer in China ebenso sehr wie die übrige deutsche Emigration in Eu-

ropa. Seine Hoffnung galt den Arbeitern. Sie stellten für ihn die unbelastete gesellschaftliche Gruppe in Deutschland dar, die quasi naturgemäß den Gegenpol zu den Nationalsozialisten bildete. Die Arbeiterschaft habe am meisten unter dem Nationalsozialismus zu leiden und sei am wenigstens von ihm beeinflusst. Sie werde deshalb den Umschwung herbeiführen. Auf die skeptische Frage eines seiner Briefpartner, warum die deutschen Arbeiter denn Hitler noch nicht gestürzt hätten, setzte er unbeirrt entgegen: »Wir wollen uns den Glauben an die geschichtliche Mission der Arbeiterklasse durch nichts rauben lassen.«

Brauer erwartete eine neue, große Wirtschaftskrise, in die das Hitler-Regime das Land stürzen und aus der die Erhebung der verarmten Massen erwachsen würde. Im März 1934 wähte er »eine wirtschaftliche und finanzielle Katastrophe von der Auswirkung der Ruhrbesetzung und deren Folgen in greifbarer Nähe«. Als er von den Vorgängen des sogenannten »Röhm-Putsches« erfuhr, fand er seinen Optimismus bestätigt. Im inneren Kräfteverhältnis zwischen Nationalsozialisten und Konservativen hätten die letzteren die Oberhand gewonnen, von ihnen sei Hitler das Vorgehen gegen die SA aufgezwungen worden.

Um so größer war die Enttäuschung, als sich herausstellte, daß die Ereignisse des 30. Juni das NS-Regime weit mehr stabilisiert als erschüttert hatten. Nur zwei Monate später kommentierte Brauer das Ergebnis der Volksabstimmung vom 19. August 1934, durch die sich Hitler nach dem Tode Hindenburgs die Vereinigung von Präsidenten- und Kanzleramt bestätigen ließ, mit den Worten: »Die Vertrauenskundgebung für die Gangster ist doch gradezu eine Schande. Ich habe mich zum ersten Mal des deutschen Volkes geschämt.«

Brauer stand mit diesem Schwanken zwischen Hoffnung, Siegesgewißheit und Enttäuschung keineswegs allein. Der überwiegende Teil der deutschen Emigration

wiegte sich bis weit in die dreißiger Jahre hinein in dem Glauben, das Hitler-Regime sei nur von kurzer Dauer. Brauer – und mit ihm die meisten anderen deutschen Emigranten – beurteilten den Nationalsozialismus mit ihren vertrauten Maßstäben. Sie zogen eine historische Parallele zu den Bismarck'schen Sozialistengesetzen Ende des 19. Jahrhunderts; schon damals sei die Sozialdemokratie letztlich gestärkt aus der Verfolgung hervorgegangen.

Solcherart Rückgriff auf das »kollektive Gedächtnis« half sicher in der persönlichen Bewältigung des Exils. Die bittere Erkenntnis, daß die Bastionen der Arbeiterbewegung weit morscher gewesen waren als gedacht und zu wenige sie gegen den Terror von SA und SS verteidigt hatten, hätte womöglich viele Emigranten zerbrochen. Die Hoffnung auf die Massen spendete eine entscheidende Kraft, die Emigration zu überleben. Im unerschütterlichen Festhalten an den guten Kern der Arbeiterschaft, das Brauer in so exemplarischer Weise demonstrierte, glaubten sich die Verlierer des Januar 1933 trotz alledem auf der Seite der historischen Sieger.

III

Im November 1934 traf Brauer wieder in Frankreich ein. Paris war mittlerweile zu einem Zentrum der deutschen Emigration geworden. Bis September 1933 waren rund 30.000 Menschen aus Deutschland nach Frankreich geflüchtet, darunter mehr als 1.000 Sozialdemokraten, die zumeist in Paris lebten und dort versuchten, ihr Auskommen zu finden.

Unter den Emigranten im Paris dieser Jahren war die Hoffnung auf die Volksfront groß, die die alten Spaltungen zwischen Arbeiterbewegung und Bürgertum sowie innerhalb der Linken zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten überwinden sollte und durch die vereinte Kraft

die Nationalsozialisten besiegen könnte. Brauer, der die Volksfrontbemühungen unterstützte, schrieb an Rudolf Katz, daß er das Positive in Paris »doch in der neuen geistigen Orientierung [siehe], wie sie in den letzten Monaten erfolgreich zustande gekommen ist«.

Doch blieb die Frage ein Streitpunkt, inwieweit sich einerseits die Kommunisten auf eine verbindliche Zustimmung zur parlamentarischen Demokratie festlegten und ob andererseits der sozialdemokratischen Parteivorstand in Prag bereit war, mit der KPD zusammenzuarbeiten. Führende Sozialdemokraten in Paris wie Rudolf Breitscheid oder Victor Schiff erklärten ihre Bereitschaft zum Bündnis mit den Kommunisten, nachdem sich diese auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Oktober 1935 zumindest verbal für eine bürgerlich-demokratischen Staatsordnung im nach-nationalsozialistischen Deutschland ausgesprochen hatten. Der sozialdemokratische Exilvorstand in Prag beharrte indessen auf seiner ablehnenden Haltung, so daß die Pariser Sozialdemokraten nicht als Vertreter ihrer Partei, sondern nur als Privatpersonen an den Sitzungen zur Etablierung der Volksfront teilnehmen konnten.

Die gemeinsame erlebte Verfolgung und die Hoffnung, durch Einigkeit das Hitler-Regime stürzen zu können, bewogen viele Sozialdemokraten zu diesem Zeitpunkt, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten. Die zunehmende Einsicht allerdings, daß der Schwenk der KPD im Herbst 1935 nur ein taktischer gewesen war und vor allem die Erfahrungen mit den Kommunisten im Spanischen Bürgerkrieg, führten rasch zu einer Ernüchterung über die Chancen eines solchen Bündnisses. Auch bei Brauer trat das alte Mißtrauen wieder in den Vordergrund, eine Zusammenarbeit mit Kommunisten kam für ihn in den folgenden Jahren nicht mehr in Frage.

IV

1935 wurde Brauers schwerstes Jahr im Exil. Das Ersparte aus China schwand, eine neue Arbeit war nicht in Sicht. Er mußte beim Parteivorstand buchstäblich um finanzielle Unterstützung für sich und seine Familie betteln. Ende des Jahres endlich erhielt er eine Einladung des American Jewish Congress, mehrere Vorträge in den USA über die Lage der deutschen Juden zu halten. Mit einer Einladung des amerikanischen protestantischen Kirchenbundes für eine weitere Vortragsreise im Herbst 1936 kehrte Brauer nach Paris zurück. Im Jahr darauf siedelte er mit seinem Sohn in die USA über, Frau und Tochter folgten 1938.

Obwohl er die nächsten neun Jahre dort verbringen sollte, blieb Amerika für Brauer immer nur Durchgangsland und Zuflucht bis zum Augenblick der Rückkehr. Er ließ nie einen Zweifel darüber, daß er mit dem ersten Schiff, das nach Europa fahren würde, zurückkommen wolle. So sah er zum Beispiel keinerlei Notwendigkeit, sich für einen neuen Beruf zu qualifizieren, wie es die Weichmanns taten. Als Elsbeth Weichmann ihm erzählte, sie habe eine Prüfung als Statistikerin abgelegt, war seine Reaktion eine knappe Frage: »Kannst du das drüben gebrauchen?«, und als sie verneinend den Kopf schüttelte, sagte er: »Warum hast du dich dann so geplagt?« Erst sehr spät, 1943, beantragte er die amerikanische Staatsbürgerschaft, die er in dem Moment, als sich die Chance eines politischen Wirkens im Nachkriegsdeutschland ergab, ohne zu zögern wieder aufgab.

Eine politische und finanzielle Heimstatt fand Brauer in der German Labor Delegation in New York, die im März 1939 von einer Handvoll deutscher, sozialdemokratischer Emigranten als Untergliederung des mächtigen, konservativen amerikanischen Gewerkschaftsbundes American Federation of Labor gegründet worden war. Rudolf Katz

wurde ihr Exekutivsekretär, Brauer später ihr Präsident. Zwar konnte die GLD keineswegs als offizielle Vertretung des Parteivorstandes auftreten. Doch die Präsenz einer Reihe von Vorstandsmitgliedern, vor allem Stampfers, in der GLD unterstützte ihren politischen Anspruch, die rechtmäßige sozialdemokratische Repräsentanz in den Vereinigten Staaten zu sein. Damit waren politische Konflikte mit anderen Emigrantengruppen in den USA, vor allem mit der Gruppe Neu Beginnen, unvermeidlich. Neu Beginnen, von Walter Löwenheim 1933 gegründet, in den USA von Paul Hagen, alias Dr. Karl Frank, geführt, einem ehemaligen KPD- und SAP-Mitglied, beurteilte die Herrschaft des Nationalsozialismus eher illusionslos und glaubte nicht an die Möglichkeit einer von der Arbeiterschaft getragenen Revolution in Deutschland. Die Forderung von Neu Beginnen, mit der politischen Tradition der Sozialdemokratie vor 1933 zu brechen, sowie die Tatsache, daß ehemalige Kommunisten eine aktive Rolle in ihr spielten, und nicht zuletzt persönliche Gegensätze boten den Zündstoff für eine ebenso langanhaltende wie heftige Auseinandersetzung mit der GLD.

1938 war der Exilvorstand vor der drohenden deutschen Besetzung von Prag nach Paris geflohen. Zu diesem Zeitpunkt waren Otto Wels und Siegmund Crummenerl bereits gestorben, andere Vorstandsmitglieder hatten sich im Laufe der Exiljahre mit der Sopade politisch entzweit und gingen eigene Wege. Von jenem Vorstand, der auf der Reichskonferenz der SPD im April 1933 gewählt worden war, blieben faktisch nur noch Hans Vogel und Erich Olenhauer in London und Friedrich Stampfer in New York übrig. Die persönliche Verbindung zwischen diesen Männern zeugt in erster Linie von dem beiderseitigen Bemühen, in dieser schwierigen Zeit die Differenzen nicht zu weit auseinanderklaffen zu lassen. Die politischen Unterschiede waren indessen unverkennbar. Während es in

London im Laufe des Frühjahrs 1941 gelang, die sozialistischen und sozialdemokratischen Exilgruppen unter einem Dach, der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien, zu vereinigen, aus der die Nachkriegs-SPD entstehen konnte, blieb die GLD den alten Feindstrukturen verhaftet. Ihre erbitterte Rivalität zu Neu Beginn in den USA konnte in all den Exiljahren nicht überwunden werden.

Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 und der Kriegseintritt der USA im selben Jahr veränderte die Situation der deutschen Emigranten einschneidend. Von den Amerikanern wurden sie als Angehörige des Feindes mißtrauisch beäugt, nicht selten als Spione verdächtigt. Und die Kommunisten, die gerade von den Sozialdemokraten in der GLD erbittert bekämpft wurden, avancierten nun als Parteigänger der Sowjetunion zu Verbündeten der Alliierten. Politisch wurde der Grat, auf dem sich die Gruppe um Brauer und Katz bewegte, immer schmaler. Vorstellungen, daß Deutschland nach seiner Niederlage unter internationale Kontrolle gestellt werden müßte, damit es keinen weiteren Krieg anzetteln könne, trat Brauer vehement entgegen. Eine Aufsicht über das deutsche Volk sei nicht nötig, da die Deutschen, so Brauers Grundüberzeugung, nach dem Krieg mit Sicherheit eine demokratische Regierung wählen werden. Und wie so oft erschienen bei ihm als Garant die deutschen Arbeiter. »Wenn sich zur Zeit das Bestehen einer starken revolutionären Bewegung in Deutschland auch nicht beweisen läßt,« so Brauer in einer Rede im Februar 1942 in Florida, »so kann es keinen Zweifel darüber geben, daß die seinerzeit in der Arbeiterbewegung organisierten Millionen nur auf den geeigneten Augenblick warten, um gegen ihre Unterdrücker in Aktion zu treten.«

V

Nahezu zehn Jahre Exil hatten Brauers Glauben nicht wanken lassen – und ihn doch immer weiter von der Wirklichkeit in Deutschland entfernt. Viele Arbeiter, denen die Rüstungskonjunktur in den dreißiger Jahren sichere Arbeitsplätze und steigende Einkommen verschafft hatte, hatten ihre inneren Vorbehalte gegen das Regime im Laufe der Zeit aufgegeben. Inzwischen war eine junge Generation von Arbeitern nachgewachsen, die bereits in der Diktatur groß geworden war und ganz andere Erfahrungen gemacht hatte als die Älteren. Seit Kriegsbeginn taten deutsche Arbeiter zu Millionen in der Wehrmacht Dienst und waren nicht nur Opfer der Kriegsgewalt; als Soldaten im Vernichtungsfeldzug im Osten wurden sie auch zu Tätern.

Vielleicht aber steckt gerade in diesem Nicht-Hinsehen-Wollen auf eine paradoxe Weise eine entscheidende Kraft, die Ärmel aufzukrempeln und den Wiederaufbau Deutschlands anzupacken. Die Unbedenklichkeit, mit der Brauer als Hamburger Bürgermeister dieselbe Sekretärin weiterbeschäftigte, die schon dem NSDAP-Gauleiter und Reichsstatthalter Kaufmann gedient hatte, erhellt als charakteristische Anekdote seine Einstellung den Daheimgebliebenen gegenüber. Weil sie sich über die reale Verstrickung so vieler Deutscher in den Nationalsozialismus täuschten, waren Brauer, Katz und andere Emigranten in der Lage, auch mit den Belasteten als Unbescholtene zusammenzuarbeiten. Indem die Emigranten als Heimkehrer nach dem Krieg an der Schuld der Dagebliebenen nicht rührten, boten sie einen »Wiederaufbaupakt« an, der, indem er die Vergangenheit ausklammerte, den Blick nach vorn richtete. Daß dieser »Wiederaufbaupakt« auf Verdrängung aus mangelnder Erfahrung beruhte, machte ihn nicht weniger realitätsmächtig. Im Gegenteil, vielleicht war es sogar die verharmlosende Wahrnehmung des Na-

tionalsozialismus, die es Brauer, Katz und anderen ermöglichte, unbeirrt, voller Tatkraft und im Glauben an das Gute im Menschen das Nachkriegs-Deutschland erfolgreich wiederaufzubauen.

Nach langwierigen Bemühungen gelang es Brauer und Katz endlich, im Sommer 1946 im Auftrag des amerikanischen Gewerkschaftsbundes nach Deutschland zurückzukehren. Im Juli trafen beide in Hamburg ein und nahmen sofort ihre politische Arbeit auf. Für die Führungsgremien der Partei stand längst fest, daß Brauer der heimliche Spitzenkandidat für die Bürgerschaftswahlen im Oktober 1946 sein sollte. Nachdem die SPD stärkste Partei geworden war, stand der Wahl Brauers nichts mehr im Wege, außer – daß ihm die deutsche Staatsbürgerschaft fehlte. In einem Eilverfahren bevollmächtigte die britische Militärregierung den noch amtierenden, ernannten Hamburger Bürgermeister Petersen, Brauer eine Einbürgerungsurkunde auszustellen. Neue Urkunden waren noch nicht gedruckt, man mußte auf die vorhandenen zurückgreifen. So erhielt Max Brauer, der am 3. November 1934 von den Nationalsozialisten ausgebürgert worden war, eine Einbürgerungsurkunde, auf der das Hakenkreuz im Reichsadler mit schwarzer Tinte unkenntlich gemacht werden mußte. Anschließend, am 15. November 1946, wählte die Bürgerschaft den Emigranten zum ersten frei gewählten Bürgermeister Hamburgs nach dem Krieg.

Walter Tormin

Die Neugründung der SPD nach dem Kriege (1945 – 1949)

I

Welche Kräfte standen im Mai 1945 in Hamburg für die Neu- oder Wiedergründung der SPD zur Verfügung?

Zum einen gab es noch Reste der sozialdemokratischen Widerstandsbewegung, keine geschlossenen Gruppen mehr, sondern Einzelne, die nicht entdeckt worden waren oder die ihre Haft verbüßt hatten und aus Zuchthäusern, Gefängnissen und Konzentrationslagern in eine stets gefährdete Freiheit entlassen worden waren, die trotzdem Kontakt miteinander hielten und ihre Widerstandsarbeit fortsetzten. In erster Linie ist dabei Walter Schmedemann zu nennen, der Hauptinitiator und Organisator des sozialdemokratischen Widerstandes in Hamburg, ferner Anhänger des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes/ISK (Hellmut Kalbitzer), der Sozialistischen Arbeiterpartei/SAP (Willi Elsner) und der Arbeiterjugend (Heinz Gärtner). Als sich das Ende des NS-Regimes deutlich abzeichnete, versammelten sich Ende März 1945 mehrere von ihnen zu einer Geheimkonferenz in einem Haus in Langenhorn, um zu erörtern, welche Aufgaben danach auf sie zukommen würden.

Zum anderen gab es das sozialdemokratische »Milieu«, das in den wenig oder nicht zerstörten Stadtteilen in erheblichem Umfang erhalten war. Teile der früheren SPD-

und Gewerkschaftsmitglieder hatten sich während der NS-Zeit sozusagen »eingeeigelt«, sich so wenig wie möglich engagiert und nur auf den Tag gewartet, wo der ganze Spuk vorbei sein würde und sie dort weitermachen konnten, wo sie 1933 aufgehört hatten. Sie hatten genau registriert, wer sich ebenso verhielt und wer vor den Machthabern kapitulierte, so daß man jetzt wußte, wer für den Neuaufbau in Betracht kam.

II

Die Gründung der Partei vollzog sich aus den beiden genannten Wurzeln heraus bald nach der Kapitulation und Besetzung Hamburgs nahezu automatisch. Frühere SPD-Mitglieder trafen sich in Privatwohnungen, in Schrebergärten (wo viele nach der Zerstörung gerade der Arbeiter-Wohnviertel 1943 untergekommen waren) oder in den früheren Parteilokalen. Die Gruppe um Schmedemann (im wesentlichen diejenigen, die bereits im März zusammengekommen waren) beriet nach der Kapitulation mehrfach die Neugründung und konstituierte schließlich am 14. Juli 1945 zusammen mit Vertretern der inzwischen entstandenen Basisgruppen die Landesorganisation Hamburg der SPD.

Ein Provisorischer Landesvorstand wurde gewählt mit Karl Meitmann (der diese Funktion schon 1929 – 1933 bekleidet hatte) als Erstem und Walter Schmedemann als Zweitem Vorsitzenden. Unter den übrigen 23 Mitgliedern des Vorstandes waren im wesentlichen mittlere Funktionäre aus der Zeit vor 1933, dazu je ein Vertreter der SAP (Elsner) und des ISK (Kalbitzer). Als einzige Frau gehörte Paula Karpinski (wie vor 1933) dem Vorstand an.

Diese Parteigründung war, genau genommen, illegal, weil Parteien von der Besatzungsmacht noch nicht zugelassen waren und für Deutsche jegliche politische Betäti-

gung verboten war. Mit einem, wie man es empfand, typisch englischen Pragmatismus duldete die Besatzungsmacht aber die Aktivitäten, soweit sie sich nicht in der Öffentlichkeit abspielten. Die offizielle Zulassung der inzwischen entstandenen vier Parteien erfolgte in Hamburg erst am 21. November 1945.

Welche Ziele hatte die entstehende SPD, welche Vorstellungen verfolgten ihre Gründer? Die von der Not des Tages diktierten wichtigsten Aufgaben waren – für alle Parteien ohne Unterschied – die Sicherung der materiellen Lebensgrundlagen für die Bevölkerung und der Beginn des Wiederaufbaus der zerstörten Stadt.

Das war nach sozialdemokratischer Auffassung nur möglich auf einer sozialistischen, nicht dagegen auf privatwirtschaftlicher Grundlage. Der spätere langjährige Vorsitzende der SPD in den Westzonen, Kurt Schumacher, begründete diese Überzeugung beim Landesparteitag in Hamburg am 27. Januar 1946 so: »Das Sozialprodukt der deutschen Wirtschaft reicht nicht mehr aus, Unternehmergewinne, Kapitalprofite und Grundrenten zu zahlen. Es reicht gerade dazu aus, die Arbeit zu entlohnen und den Allerelendsten Hilfe zu gewähren.« Zur Bürgerschaftswahl 1946 proklamierte die SPD: »Nur ein sozialistisches Hamburg kann ein gesundes und dann wieder einmal ein blühendes Hamburg werden.«

Aber was war das: »Sozialismus«? Darüber gab es unter Sozialdemokraten nur recht allgemeine und unklare Vorstellungen von einer zentral gelenkten Wirtschaft mit Sozialisierung der Grundstoff-, der Großindustrie, der Großbanken und anderer marktbeherrschender Unternehmen. Man bezog sich auf die Programmatik der Zeit vor 1933 und reflektierte nicht weiter darüber, weil die Tagesprobleme alle Reflexion in den Hintergrund drängten.

Eines dieser Probleme war die Überwindung der traditionellen Spaltung der Arbeiterbewegung, die Grün-

dung einer einzigen Sozialistischen Partei zusammen mit den Kommunisten und anderen kleineren Gruppen. Sowohl in der SPD wie in der KPD und darüber hinaus war die Überzeugung verbreitet, daß eine der wesentlichen Ursachen für die Niederlage von 1933, für den Erfolg der NSDAP, gewesen sei, daß ihr schärfster Gegner, die Arbeiterbewegung, in sich gespalten war und die Gruppierungen sich gegenseitig bekämpften, anstatt sich gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind zu wenden. Dieser Fehler durfte sich nicht wiederholen!

In der Führungsgruppe der Hamburger SPD befürwortete im Sommer 1945 eine deutliche Mehrheit die gemeinsame Parteigründung zusammen mit der KPD. Es gab zwar Skeptiker, die den Kommunisten mißtrauten, aber sie konnten sich gegen den emotionalen Trend zur »Einheit« nicht durchsetzen.

Die gemeinsame Parteigründung scheiterte an der Weigerung der Hamburger Kommunisten, die offensichtlich auf höhere Weisung aus Berlin oder gar aus Moskau handelten. Wegen dieser Weigerung und manch anderer Vorfälle, die das Mißtrauen in die ehrlichen Absichten der KPD bestärkten, insbesondere auch in ihr Bekenntnis zur Demokratie, kühlte sich das Verhältnis zwischen den beiden Parteien im Herbst 1945 zunehmend ab. Den Ausschlag für den endgültigen Verzicht auf die Einheitspartei gaben dann gegen Ende 1945 die nun häufiger und zuverlässiger in Hamburg eintreffenden Informationen über das Verhalten der KPD und der sie stützenden Besatzungsmacht in der sowjetisch besetzten Zone und über den dort ausgeübten Zwang zur Vereinigung. Seit der Jahreswende 1945/46 hatte der Gedanke einer einheitlichen Sozialistischen Partei unter Einschluß von Sozialdemokraten und Kommunisten in Hamburg keine Chance mehr.

III

Der organisatorische Aufbau wurde mit dem ersten Landesparteitag am 26. und 27. Januar 1946 abgeschlossen.

Er begann mit einer Feierstunde, bei der vor einer Kulisse von 20 während der Nazi-Zeit versteckten Parteifahnen Walter Schmedemann einen Bericht über den sozialdemokratischen Widerstand in Hamburg erstattete. Am zweiten Tag hielt Schumacher das politische Hauptreferat »Die Sozialdemokratie im neuen Deutschland«, wobei er das Werden und Wollen der Partei erläuterte und begründete. »Beifallstürme ohnegleichen« (so das Mitteilungsblatt der Hamburger SPD) dankten ihm. Mit dieser Rede hatte er seine Konzeption auch in der Hamburger Partei endgültig durchgesetzt. Der Parteitag war ein bewegendes Erlebnis für alle Beteiligten. Alle waren überzeugt, daß nun der unaufhaltsame Aufstieg der Partei beginnen werde, daß der Weg zum »sozialistischen Hamburg« offen vor ihnen lag.

Nach dem Parteitag setzte eine rege innerparteiliche Aktivität mit regelmäßigen internen und öffentlichen Versammlungen ein sowie eine intensive Mitgliederwerbung. Über ihren Erfolg geben die folgenden Zahlen Auskunft: Die Mitgliederzahl betrug z.Zt. des Parteitages ca. 12.000, Ende 1946 ca. 44.000.

Die Steigerung um nahezu das Vierfache innerhalb eines Jahres führte naturgemäß zu erheblichen Problemen in der Organisation, bei der Integration der neuen Mitglieder und bei der Funktionäerauswahl. Der Mitgliederzuwachs hielt zunächst noch an, wenn auch nicht im gleichen Verhältnis:

Ende 1947 ca. 54.500, Ende 1948 ca. 55.000, Ende 1949 ca. 52.000.

Mit der Währungsreform Mitte 1948 war der Zuwachs beendet und es begann ein zunächst langsamer, später stärkerer Mitgliederrückgang.

Über die soziale Zusammensetzung der SPD-Mitglieder gibt eine im Herbst 1946 durchgeführte Erhebung Auskunft:

		letzte Erhebung vor 1933:
Arbeiter	44,0 %	60,0 %
Angestellte	16,0 %	11,0 %
Selbständige	4,8 %	3,5 %
Hausfrauen	20,0 %	18,0 %
Rentner	9,5 %	1,4 %
Beamte	2,9 %	3,9 %

Der Anteil der Frauen betrug 24 Prozent, was fast derselbe Prozentsatz wie vor 1933 war.

Die Hamburger SPD war also zu diesem Zeitpunkt immer noch ganz überwiegend eine Arbeiterpartei (da der größere Teil der Rentner und der Hausfrauen soziologisch den Arbeitern hinzuzurechnen ist). Sie hatte das von Schumacher vorgegebene Ziel, die Gewinnung eines großen Teiles der Mittelschichten für die Sozialdemokratie, bei den Mitgliedern bisher kaum, bei den Wählern, wie die Wahlergebnisse von 1946 auswiesen, nur wenig besser erreicht.

Zusammenfassend kann die Gründungsperiode der SPD in Hamburg wie folgt charakterisiert werden: Es war kein Aufbruch zu neuen Ufern und keine grundsätzliche Erneuerung der Organisation oder der Programmatik. Es war eher eine nüchterne Bewältigung dringender Tagesaufgaben. Nahezu selbstverständlich bildeten sich die alten Organisationsstrukturen wieder heraus und übernahmen frühere Funktionäre, die inzwischen zwölf Jahre älter geworden waren, aber wenig neue politische Erfahrung hatten sammeln können, den Hauptteil der Arbeit. Jüngere Kräfte und unkonventionelle Ideen hatten eine Chance, aber es gab nicht viele Jüngere. Angesichts der existentiellen Unsicherheit, in der alle lebten, klammerte sich die Masse der Mitglieder und Funktionäre geradezu an die

herkömmlichen Formen und Inhalte der Sozialdemokratie. Die Katastrophen und Verwerfungen der letzten zwölf Jahre wurden, soweit irgend möglich, verdrängt. Der Neubeginn der Hamburger SPD 1945 war eine Wieder-, keine Neugründung.

Eine Wiedergründung allerdings mit drei bemerkenswerten Modifikationen:

1. Die SPD wies nach 1945 ein größeres Maß an innerer Differenzierung und Pluralität auf als vor 1933, repräsentiert durch die Arbeitsgemeinschaften, die – zuerst für die Frauen (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen / AsF) – bald nach der Neugründung entstanden. Außer für Frauen und für jüngere Mitglieder (Jungsozialisten) gab es berufsfachlich orientierte Arbeitsgemeinschaften für Lehrer, Juristen, Ärzte und andere, ferner Betriebsgruppen, zusammengefaßt in der Betriebsorganisation, und später die Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten. Diese Gruppierungen besaßen einen deutlich größeren Einfluß auf die innerparteiliche Willensbildung, als ihre Vorgänger in der Weimarer Zeit je besessen hatten. Sie brachten ein größeres Spektrum an Erfahrungen und Kompetenzen in die SPD ein.

2. Die neugegründete SPD zeigte eine größere Offenheit in der Ideologie als vor 1933. Zwar galt weiterhin der Marxismus als ideologische Grundlage der Partei, doch Schumacher wußte, daß die von ihm gewollte Gewinnung der Mittelschichten einer dogmatisch-marxistischen Partei nicht gelingen könne. Darum nahm er eine Umdeutung vor und erklärte, daß der Marxismus kein Dogma sei, sondern nur eine für die Analyse der Gesellschaft zweckmäßige Methode. Die neue ideologische Offenheit zeigte sich vor allem in einem neuen Verhältnis der SPD zur Religion und zu den Kirchen, die nicht mehr, wie vor 1933, a priori als Gegner galten. Das Thema »Christentum und Sozialismus« gehörte zu den meistdiskutierten Themen der Zeit.

3. Ebenso wie zu diesem Thema gab es auch zu anderen Grundsatzfragen intensive Diskussionen innerhalb der SPD, was vor 1933 dort eher eine Randerscheinung gewesen war. In Hamburg wurde die Grundsatzdiskussion durch die Gründung der »Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft« (SAG) im Herbst 1945 regelrecht institutionalisiert. Sie war eine Art »Braintrust« der Partei, von dem viele Anregungen ausgingen. Ähnliche Diskussionen gab es in den Bildungsveranstaltungen, die bald einen beachtlichen Umfang annahmen, bei Jungsozialisten und Studenten.

Diese Innovationen waren allerdings bis 1949 noch nicht so ausgeprägt, daß sie das Bild der Partei insgesamt bestimmten. Wichtiger war zunächst die personelle Kontinuität. Es kristallisierte sich sehr bald eine Führungsgruppe heraus, die im wesentlichen aus früheren Funktionären der Hamburger und der Altonaer SPD bestand. Hinzu kamen einige Jüngere, unter denen in erster Linie Erich Klabunde, der Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft, zu nennen ist, sowie die oben genannten Vertreter sozialistischer Splittergruppen, später auch ehemalige Kommunisten (Joseph Wagner, Herbert Wehner). Zusammen bildeten sie einen relativ geschlossenen Kreis, der für die nächsten 10 bis 15 Jahre weitgehend die Politik der Hamburger SPD bestimmen sollte.

IV

Am 13. Oktober 1946 fand in Hamburg die erste Bürgerschaftswahl nach 14 Jahren statt. Die SPD erhielt 43,1 Prozent der Stimmen und 83 Mandate (von 110), besaß also im Parlament eine 3/4-Mehrheit. Das war die Folge des von der Besatzungsmacht verfügbaren Wahlrechts, das sich im wesentlichen am britischen Mehrheitswahlrecht orientierte. Trotz ihrer Mehrheit war die SPD zu einer Koalition bereit, weil in der gegenwärtigen Notzeit die Verantwortung auf breiten Schultern liegen müsse. Die Verhandlungen

mit der CDU scheiterten jedoch, so daß diese in die Opposition ging und der Senat mit Bürgermeister Max Brauer an der Spitze aus Vertretern der SPD, der FDP und der KPD gebildet wurde.

Wenige Wochen nach der Wahl des Senats begann eine der größten Katastrophen in der neueren Geschichte Hamburgs, der Winter 1946/47 mit fast drei Monaten Dauerfrost und Temperaturen bis zu 20 Grad unter Null. Die Stadt war wie gelähmt. Politik – außer dem, was zur Bewältigung der unmittelbaren Gefahren unabdingbar war – fand in dieser Zeit kaum statt. Im Frühjahr 1947 kam eine Ernährungskrise hinzu, die zu Hungerstreiks und Hungerdemonstrationen führte.

Die ständige Verschlechterung der Lebensverhältnisse, Hunger, Kälte, Wohnungsnot und Mangel an allem Lebensnotwendigen führten zu Enttäuschung und Frustration auch innerhalb der SPD. Die Partei beschäftigte sich 1947/48 überwiegend mit sich selbst, mit persönlichen Querelen und mit Kritik an der Parteiführung und am Senat ohne eine Perspektive, wie man es anders machen könnte. Sie fand nur zu wenigen größeren gesellschaftlichen Reformvorhaben die nötige Kraft.

In einem längeren innerparteilichen Diskussionsprozeß wurden Grundsätze für eine Schulreform erarbeitet, darunter eine neue Gliederung der Schulformen und die sechsjährige Dauer der Grundschule. Der Senat legte der Bürgerschaft einen entsprechenden Gesetzentwurf vor, der im September 1949 beschlossen wurde, wobei die FDP aus der Koalition ausbrach, so daß das Gesetz nur von SPD und KPD beschlossen wurde. Sowohl vor wie nach der Verabschiedung traf es in der Öffentlichkeit auf erheblichen Widerstand, und es ist bis heute umstritten, ob die Einführung der sechsjährigen Grundschule später die Ursache für die Wahlniederlage der SPD 1953 war.

Das Thema »Sozialisierung«, das einen Kernpunkt der sozialdemokratischen Programmatik darstellte, wurde besonders intensiv diskutiert. Die Hamburger SPD faßte ihre Auffassung im (ursprünglich für die Besatzungsmacht bestimmten) »Hamburger Sozialisierungsgutachten« vom 5. Februar 1947 zusammen, das von einer Landesdelegiertenversammlung mehrheitlich als Grundlage für die Politik der Partei gebilligt wurde. Da Hamburg jedoch keine Grundstoffindustrie besaß, die in erster Linie betroffen sein sollte, kamen hier für eine Sozialisierung (außer den Großwerften, die z.Zt. zerstört oder beschlagnahmt waren) nur die Monopolbetriebe der kommunalen Versorgung in Betracht, vor allem die Hamburger Hochbahn und die Elektrizitätswerke. Bei der ersteren mußte als Voraussetzung für eine Verstaatlichung der im Privatbesitz befindliche Teil der Aktien enteignet und mit Obligationen entschädigt werden, worüber es eine erbitterte parlamentarische und öffentliche Auseinandersetzung gab. Der Umtausch von Aktien in Obligationen war allerdings auch wenig geeignet, die in der Sozialdemokratie mit dem Begriff »Sozialisierung« traditionell verbundenen geradezu eschatologischen Hoffnungen und Erwartungen zu erfüllen. Die Verstaatlichung der Hochbahn kam trotz der SPD-Mehrheit nicht zustande, weil die Besatzungsmacht die Zustimmung verweigerte.

Im September 1949 beschloß die Bürgerschaft ebenfalls das innerhalb der SPD lange diskutierte und in Einzelheiten umstrittene Bezirksverwaltungsgesetz, das die Aufteilung Hamburgs in sieben teilweise selbständige Bezirke vorsah. Dieses Gesetz ist das einzige der großen Reformvorhaben aus den Jahren 1945 bis 1949, das bis heute – immer noch und immer wieder umstritten – Bestand hat. Allerdings kann man zweifeln, ob es sich um eine gesellschaftliche Reform handelte oder um eine pragmatische Notwendigkeit, um den Stadtstaat verwalten zu können.

V

Nachdem die anderthalb Jahre 1947 und die erste Hälfte 1948 in Deutschland und in Hamburg durch eine allgemeine Stagnation in der Politik gekennzeichnet waren, folgten Mitte 1948 die schon länger anstehenden Entscheidungen Schlag auf Schlag.

Die Währungsreform am 21. Juni 1948 hatte einschneidende Folgen für die gesamte Gesellschaft, von denen die SPD insbesondere in organisatorischer und programmatischer Hinsicht betroffen war:

Sofort nach der Währungsreform gingen die Beitrags-einnahmen rapide zurück, um sich erst sehr langsam wieder zu stabilisieren, weil das Geld knapp war und jetzt für so viele andere lang entbehrte Dinge ausgegeben werden konnte. Die Landesorganisation und die Untergliederungen der SPD mußten Mitarbeiter entlassen, den Raumbedarf reduzieren und ihre Aktivitäten, vor allem in der Bildungsarbeit, einschränken. Es begann, wie oben dargestellt, ein Rückgang der Mitgliederzahl. Auch unter den Verbleibenden nahmen Interesse und Engagement für die Parteiarbeit ab, was sich vor allem beim Versammlungsbesuch auswirkte. Die SAG stellte ihre Tätigkeit nach einiger Zeit mangels Interesse ein.

Die Währungsreform und der Marshall-Plan waren die Initialzündung für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg. Es konnte bald keinem Zweifel unterliegen, daß die Marktwirtschaft keineswegs überholt und für den Wiederaufbau Deutschlands ungeeignet sei. Dieser war offensichtlich nicht nur auf sozialistischer, sondern ebenso (oder gar besser) auf privatkapitalistischer Grundlage möglich. Die Realitäten der Jahre seit 1948 widerlegten also die Gewißheiten von 1945. Das zwang die SPD zur Überprüfung ihres Programms und führte zu einer Krise des sozialdemokratischen Selbstverständnisses. Es begann eine intensive Programm-Diskussion, die schließlich zum Godesberger Programm von 1959 führte.

Etwa gleichzeitig mit der Währungsreform fiel die Entscheidung über die Gründung eines westdeutschen Staates. In der Hamburger SPD kann bis Mitte 1948 ein Meinungsbildungsprozeß verfolgt werden, der vom unbedingten Festhalten an der Einheit ganz Deutschlands zu der resignierten Einsicht führte, daß die Notlösung Westdeutschland das Einzige war, was man haben konnte.

Die Bundestagswahl am 14. August 1949 entschied über die Wirtschaftsordnung und das gesellschaftliche System der neuen Bundesrepublik. Die SPD ging mit der Erwartung in die Wahl, eine Mehrheit zu gewinnen, weil sie als einzige deutsche Partei immer für Demokratie und Frieden gestanden habe und weil sie als einzige nicht durch Zusammenarbeit mit dem Nationalsozialismus diskreditiert sei. Es gelang ihr jedoch nicht, die Interessen und Vorstellungen der Masse der Wähler zu erkennen und anzusprechen, die nach zehn Jahren Entbehrungen, Hunger und Not endlich wieder normal leben wollten. Es war ihr insbesondere nicht gelungen, die von ihr propagierte Planwirtschaft von der in der Bevölkerung – je länger sie dauerte, desto mehr – verhaßten Zwangswirtschaft der Kriegs- und Nachkriegszeit abzugrenzen. Das entschied die Wahl.

Die SPD erreichte im Bund 29,2 Prozent der Stimmen, blieb also weit unterhalb ihrer Erwartung. In Hamburg erreichte sie 39,6 Prozent und 6 Mandate (von insgesamt 13). Das war der Erfolg eines Wahlbündnisses zwischen CDU und FDP (trotz noch bestehender Koalition im Senat), die die Wahlkreise unter sich aufteilten und so ihr Gewicht der SPD gegenüber besser zur Geltung bringen konnten.

VI

Nur zwei Monate, am 16. Oktober 1949, später folgte eine Bürgerschaftswahl, weil nach der Vorläufigen Verfassung

die Wahlperiode drei Jahre betrug. Auch bei dieser Wahl gab es ein Wahlbündnis CDU - FDP. Die SPD erreichte 42,8 Prozent der Stimmen, also einige Prozentpunkte mehr als bei der Bundestagswahl, aber wiederum nicht die Mehrheit der Stimmen. Sie erhielt mit 65 Mandaten (von jetzt 120) wiederum eine absolute Mehrheit, da das Wahlrecht inzwischen geändert worden war, aber immer noch starke Elemente der Mehrheitswahl enthielt. Sie entschloß sich zur Alleinregierung. Max Brauer blieb Erster Bürgermeister.

Das Wahlprogramm der SPD zur Bürgerschaftswahl und ebenso Brauers Regierungserklärung, die er am 3. März 1950 abgab, proklamierten beide jetzt nicht mehr ein »sozialistisches Hamburg«, sondern konzentrierten sich auf praktische Aufgaben, auf den Wiederaufbau der Stadt, insbesondere auf den Wohnungsbau, die Sozialpolitik und die Wiedereingangsetzung des Hafens.

In diesen beiden Programmen ist »Sozialismus« nicht mehr, wie der Begriff mindestens seit dem Erfurter Programm von 1891 und noch 1945/46 überwiegend verstanden wurde, als ein geschlossenes System gedacht und als ein irgendwann einmal zu erreichender Endzustand. »Sozialismus« ist für die Verfasser der beiden Hamburger Programme von 1949 kein Zustand, sondern, wie Klabunde es schon 1945 in der SAG ausgedrückt hatte (ohne daß damals jemand die Tragweite dieser Einsicht erkannte), als »ein Prinzip, das allen Einzelmaßnahmen zugrunde zu liegen ist, die so sozial und so gerecht wie jeweils nach den Umständen möglich zu gestalten sind«, oder, wie es das Godesberger Programm dann 1959 ausdrückte, als eine »dauernde Aufgabe«. Die Hamburger Sozialdemokratie hat also die Godesberger »Wende« in ihrer praktischen Politik bereits zehn Jahre früher vollzogen.

Joachim Szodrzynski

Arbeiterschaft und Sozialdemokratie vor Godesberg

Nimmt man die Parolen der sich in den Herbstmonaten 1945 neu bzw. wiedergründenden Parteien für bare Münze, so war – insbesondere für ehemalige Funktionäre und Anhänger der 1933 zerschlagenen Arbeiterbewegung – die politische Perspektive für Deutschland eindeutig: Danach hatte mit der NS-Herrschaft auch der Kapitalismus endgültig abgewirtschaftet. Eine nachhaltige Besserung des sich ständig weiter verschlechternden materiellen und mentalen Zustandes der Bevölkerung in den Großstädten schien allein vom »Sozialismus« zu erwarten, den es mittels breit angelegter »Sozialisierungen« möglichst umgehend zu verwirklichen galt. Ähnliche Einschätzungen vertraten – nicht nur in Hamburg – neben Sozialdemokraten auch die vor den ersten Wahlen ebenfalls sehr selbstgewiß auftretenden Kommunisten wie auch Teile des bürgerlichen Lagers, das sich mit seiner politischen Orientierung in den Westzonen zunächst noch schwer tat. Konnte man doch im Sommer 1945, nach dem Wahlsieg der Labour Party in Großbritannien, die im eigenen Land für ein umfassendes Verstaatlichungsprogramm stritt, vermuten, in der britischen Besatzungsmacht quasi einen natürlichen Verbündeten zu besitzen.

Aber schon nach kurzer Zeit zeigte sich der enge Spielraum, den die Nachkriegssituation dem Gestaltungswillen der Deutschen wie auch der Besatzungsmacht selbst setzte: Weder gab es jenseits der in Großstädten wie Hamburg

einige Zehntausend zählenden Parteiaktivisten eine gesellschaftliche Aufbruchstimmung, die solchen Vorstellungen hätte zum Durchbruch verhelfen können noch war das im Krieg wirtschaftlich an den Rand des Ruins geratene Großbritannien an irgendwelchen gesellschaftspolitischen Experimenten in seiner primär als ökonomische Belastung empfundenen Besatzungszone interessiert. Bei allem Stolz auf einen überraschend schnellen Parteiaufbau bei SPD und KPD blieb unübersehbar, daß sich die bunt zusammengewürfelte Bevölkerung Hamburgs, die bei Kriegsende noch ungefähr 1 Million Menschen umfaßt haben mochte und bis Ende 1947 wieder auf 1,5 Millionen answoll, in einer halbzerstörten Stadt von politischen Parolen allenfalls dann mitreißen ließ, wenn ihr eine baldige Besserung der allgemeinen Misere nicht nur – wie so oft – versprochen, sondern ihre verheerenden Lebensbedingungen auch tatsächlich verbessert wurden.

I

Betrachtet man die klassische Klientel der Arbeiterparteien, so wies die Arbeiterschaft, die sich etwa im Hamburger Osten vor allem in Notunterkünften drängte und bis 1948 die Arbeitsplätze nicht zuletzt zum Zwecke der Herstellung von Tauschwerten für Geschäfte auf dem Schwarzmarkt aufsuchte, nur noch in einzelnen Stadtteilen Ähnlichkeiten mit dem politisierten Arbeitermilieu der Weimarer Republik auf. Neben dem Umstand, daß der Krieg einen bis dahin unvorstellbaren Bevölkerungsaustausch bewirkt hatte, so daß nun z.B. ein Fünftel der Hamburger Flüchtlinge aus den Ostgebieten des Reiches waren, hatten zwölf Jahre nationalsozialistische »Betriebsgemeinschaft« und sechs Jahre Krieg einen Arbeitertypus hervorgebracht, der es gewohnt war, sich stärker auf Familie, Nachbarn, Kollegen oder Kriegskameraden zu verlassen als auf die

Solidargemeinschaft der Gewerkschaften und Parteien, die er – wenn überhaupt – lediglich im Zustand politischer Ohnmacht kennengelernt hatte.

Für die Aktivisten der ehemaligen Arbeiterparteien setzte sich hier ein Dilemma fort, das einige von ihnen bereits gegen Ende der dreißiger Jahre konstatiert hatten: Von Relikten auf Stadtteil- und Betriebsebene abgesehen, bildete die Arbeiterschaft nicht länger den selbstverständlichen Adressaten, an den sich die eigene Politik richtete und der zum aktiven Subjekt dieser Politik hätte werden wollen. Aus ihrer inneren oder äußeren Emigration zurückgekehrt, sahen sich ehemalige Funktionäre und Mitglieder, deren politische Prägung in der Regel mit den Erfahrungen von Weimar verknüpft war, einer Wählerschaft gegenüber, die nur noch rudimentär an das gewachsene sozialdemokratische Sozialmilieu erinnerte.

Zwar waren unter den erwerbstätigen SPD-Mitgliedern weiterhin mehr als 50% Arbeiter und lediglich ein Fünftel Angestellte oder Beamte. Zwar hatten noch immer neun von zehn Mitgliedern keine weiterführende Schul- und Berufsausbildung, hatten also mit der Volksschule abgeschlossen, um daran eine Lehre anzuschließen. Aber jenseits der abgekapselten Welt eines Lebens in der Partei, sei es als Mitglied oder – stärker noch – als Funktionär, war das politische Koordinatensystem in Hinblick auf die tradierten Wählerschichten heftig in Bewegung geraten.

So war der Entschluß der Arbeiterorganisationen, nach 1945 darauf zu verzichten, ihren gesellschaftlichen Einfluß in Sport, Freizeit und Kultur in politischer Absicht geltend zu machen und so die im Hamburg der zwanziger Jahre breit entfaltete »proletarische Gegenkultur« der Arbeiterbewegung wiederzubeleben, sicherlich einer realistischen Einschätzung des veränderten Verhältnisses zwischen geschlossener Partei und atomisierter Wählerschaft geschuldet. Zudem diente er dem Versuch, eine Polarisie-

rung der Trümmergesellschaft nicht zu forcieren. Andererseits leistete er aber der ohnehin verbreiteten Tendenz zur Entpolitisierung der Nachkriegsgesellschaft Vorschub und lähmte damit möglicherweise ein Potential, das die SPD zur Realisierung ihrer Ziele dringend benötigt hätte.

So zeigte das Bild der wiederbelebten Arbeiterparteien in den ersten Nachkriegsjahren eine auffällige Ambivalenz: Einerseits beeindruckten Schnelligkeit und Elan, mit denen sich Gewerkschaften und Parteien reorganisierten, so daß etwa die Hamburger SPD Ende 1946 wieder annähernd 44.000 Mitglieder zählte und bis Ende 1948 sogar auf mehr als 55.000 anwuchs. Andererseits aber fehlte überregional eine tragfähige politische Strategie, die der deutschen Nachkriegsrealität gerecht geworden wäre, zunächst fast vollständig. In den meisten Fragen, bei denen es bis weit in die fünfziger Jahre um grundsätzliche Weichenstellungen für die Westzonen bzw. für die Bundesrepublik ging, vertrat die SPD Positionen, die weder bei den Besatzungsmächten noch in einer Gesellschaft aus desorientierten »Volksgenossen« und desillusionierten Soldaten einer geschlagenen Wehrmacht auf große Zustimmung stießen.

Zwar hatte Kurt Schumacher mit der Ablehnung eines facharbeiterlich-milieuverengten Wiederaufbaus und der Forderung nach einem Neubeginn der SPD organisatorisch einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken versucht, ja, ansatzweise schien eine Verjüngung und soziale Öffnung in Richtung Volkspartei sogar zu gelingen. Aber nachdem das bürgerliche Lager mit seiner Orientierung auf Westintegration und »soziale Marktwirtschaft« nach der Währungsreform Tritt faßte und als Ergebnis der ersten Bundestagswahl die Regierung stellte, geriet die SPD mehr und mehr ins Hintertreffen.

In der Wahrnehmung der von ihr umworbenen, politisch noch indifferenten Wählerschichten, die ihr bundesweit zum Ausbruch aus dem »Dreißig-Prozent-Turm« ver-

helfen sollten, blieb sie mit dem Odium der Arbeiterpartei behaftet, zumal Schumachers Versuche, die Wandlung zur Massenpartei noch in den vierziger Jahren zu vollziehen, im Ansatz steckenblieben. Im Zuge der parlamentarischen Differenzierung gründeten z.B. die Flüchtlinge eine Partei zur Durchsetzung ihrer spezifischen Anliegen, so daß in der Folge in dieser wichtigen Zielgruppe die anfänglichen Sympathien für die SPD dahinschwanden. Und auch politische »Konjunkturritter«, die in der SPD anfangs die maßgebliche politische Kraft im künftigen Westdeutschland gewittert hatten und ihre persönlichen Karrierewünsche mit dem erwarteten Siegeszug der Partei verbanden, sahen sich in ihren Hoffnungen enttäuscht und wechselten nicht selten das politische Lager. Zwar gelang in einzelnen Städten und Regionen die Einbindung ehemaliger Soldaten oder für den Schumacherschen Nationalismus empfänglicher Angehöriger der HJ-Generation in größerem Umfang; auch war der – vor allem intellektuelle – Zuwachs durch den Übertritt ehemaliger ethischer und Linkssozialisten gerade mit Blick auf Godesberg erheblich. Insgesamt aber reichten solche Teilerfolge nicht aus, um der SPD ein Jahrzehnt der Stagnation zu ersparen. Auf Bundesebene auf die undankbare Rolle einer Daueropposition festgelegt, flüchtete man sich parteiintern unter Erich Ollenhauer in den Traditionalismus der Weimarer Solidargemeinschaft.

Für Hamburg allerdings, und modifiziert auch für die sozialdemokratisch regierten Stadtstaaten Berlin und Bremen, haben diese Aussagen nur eingeschränkt Geltung. Zwar beanspruchte auch hier der »Gefühlssozialismus« der Parteibasis sein Recht, wenn etwa Mitglieder und Funktionäre vehement über Art und Ausmaß der auch in Hamburg einzuleitenden »Sozialisierungen« debattierten. Für die praktische Politik blieben solche Überlegungen, über die sich auf Versammlungen trefflich streiten ließ, in der

Regel ohne Auswirkungen. In der Bekämpfung der »drei Elendsquellen« Hunger, Wohnungsnot und Brennstoffmangel zeichnete sie sich durch einen handfesten Pragmatismus aus, der sich auf sein realitätsnahes Gespür für das Machbare einiges zugute hielt.

Infolge einer weitgehenden Übernahme des britischen Mehrheitswahlrechts von der Besatzungsmacht unverhofft mit einer komfortablen Dreiviertelmehrheit ausgestattet, war die SPD in der ersten gewählten Nachkriegsbürgerschaft, bei einem Stimmanteil von 43,1%, seit 1946 die unangefochten dominierende Partei und blieb dies bis 1953. Überdies hatte sie in Max Brauer, einem der wenigen sozialdemokratischen Oberbürgermeister der Weimarer Republik, der sich im benachbarten Altona als sozialpolitisch engagierter Reformist nicht nur bei Arbeitern einen Namen gemacht hatte, seit 1946 eine Leitfigur, die es verstand, in der Öffentlichkeit Kompetenz und Engagement mit dem Profil der SPD glaubwürdig zu verbinden. Ähnlich wie Ernst Reuter in Berlin und Wilhelm Kaisen in Bremen entsprach Brauer nach außen dem zeitgenössischen Bedürfnis nach zupackender Autorität. Und innerhalb der Partei verfügte er, der ihr seit frühester Jugend verbunden war, über ausreichenden »Stallgeruch«, um den Genossen seine Realpolitik mit sozialdemokratischem Wir-Gefühl zu verschönern.

II

War es bis 1948 ausschließlich um die Sicherung der physischen Existenz gegangen, so kam der wirtschaftliche Wiederaufbau seit Anfang der fünfziger Jahre erkennbar voran. Schwerpunkte bildeten dabei der Soziale Wohnungsbau und der Hafen, wo die Werftindustrie am Boom des Schiffbaus partizipierte, so daß sich die Zahl der Beschäftigten zwischen 1950 und 1960 auf nahezu 100.000 ver-

doppelte. Bei aller Mühsal des täglichen Überlebens gleichen die Jahre bis zur Währungsreform doch eher einer Wartezeit, in der man sich in Hamburg als »Welthafen ohne Eigenschiffahrt«, »Handelsstadt ohne Handel« und »Industriestadt ohne Rohstoffe« mit Aufräumungsarbeiten und kleineren Reparaturen auf den Zeitpunkt vorzubereiten suchte, an dem sich wieder annähernd »normale« Verhältnisse einstellen würden.

Da auch 1948 noch mehr als 200.000 Menschen in Unterkünften hausten, die bestenfalls als Notbehelf gelten konnten, und die Wohndichte in Hamburg zu Beginn der fünfziger Jahre mit vier Quadratmetern pro Person noch über derjenigen bei Kriegsende lag, erschien der mit öffentlichen Mitteln anzukurbelnde Wohnungsbau als eine der dringlichsten Aufgaben. Mit dem gezielten Ausbau gemeinwirtschaftlicher Wohnungsbauunternehmen wie der »Neuen Heimat« bedienten sich SPD und Gewerkschaften dabei eines probaten Mittels, um der Erhardschen Marktwirtschaft ein genossenschaftliches Konzept entgegenzusetzen, das sich im Bauboom der kommenden Jahre als beispielhaft erweisen sollte. Wenn sich der Wiederaufbau schon nicht unter planwirtschaftlichen Prämissen bewerkstelligen ließ, so wollte man ihn gemeinwirtschaftlich zumindest effizienter, schneller, billiger, sozialer, einfach besser gestalten. Ähnlich wie in der Bildungspolitik ließen sich hier auch auf Landesebene Akzente setzen, die die sozialpolitische Kompetenz der SPD öffentlich ins rechte Licht rückten. Auf Initiative hamburgischer Vertreter, unter denen sich besonders der frühere Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Erich Klabunde, hervortat, verabschiedete der erste Bundestag ein Gesetz, das den Wohnungsbau zur vorrangigen Aufgabe erklärte und ein breites Regelwerk zu seiner Finanzierung festlegte. Bis Mitte 1953 wurden in Hamburg mehr als 110.000 Wohnungen errichtet, ungefähr zwei Drittel davon mit staatlichen Zuschüs-

sen. Vor allem in den stark zerstörten Arbeiterstadtteilen entstanden drei- und vierstöckige Wohnblocks, die für ihre neuen Bewohner häufig erstmals seit einem Jahrzehnt den Traum von den eigenen vier Wänden Wirklichkeit werden ließen, auch wenn es sich nur um beengte Etagenwohnungen mit Schlichtausstattung handelte. In knapp fünf Jahren entstanden so zwei Fünftel des nach damaligen Berechnungen benötigten Wohnraums, wobei Schätzungen des Gesamtbedarfs 1948 noch von einer Mindestbauzeit von dreißig Jahren ausgegangen waren.

Aber nicht nur im Bausektor wurde Hamburg zum Zentrum der Gemeinwirtschaft. Neben der »Produktion« hatte hier auch die Großeinkaufs-Gesellschaft (GEG), die Wirtschaftszentrale aller Konsumgenossenschaften in der Bundesrepublik, ihren Hauptsitz; Ende der fünfziger Jahre belieferten 33 GEG-Betriebe mehr als 9.000 Konsum-Läden und versorgten so ungefähr 7 bis 8 Millionen Verbraucher.

III

Auch wenn Hamburg zwischen 1950 und 1954 mit einer Arbeitslosenquote von 14% noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt lag und die hafen- und handelsabhängige Wirtschaft nur langsam anlief, sahen sich doch insgesamt große Teile auch der einkommensschwachen Bevölkerung nach langer Zeit erstmals wieder in der Lage, individuell zu planen, kleinere Anschaffungen zu machen und sich in der neugewonnenen Normalität einzurichten. Zwar fand in den Arbeiterhaushalten das vielbeschworene Wirtschaftswunder zunächst nur in sehr bescheidenem Umfang statt, so daß die Zauberformel vom »Wohlstand für alle« weiterhin vor allem die Phantasie beflügelte. Aber immerhin reichte die allgemein steigende Kaufkraft gegen Ende der fünfziger Jahre auch hier zum Erwerb des ersten fahrbaren Untersatzes, Kühlschranks oder Fernsehers.

Jedoch konnte die SPD aus dem materiellen Aufschwung ihrer klassischen Klientel kaum politisches Kapital schlagen. Vielmehr ließ jeder sozialpolitische Fortschritt den Traditionszusammenhang zwischen der Arbeiterschaft und ihrer Partei weiter in den Hintergrund treten, machte das Bewußtsein sozialer und politischer Zusammengehörigkeit brüchiger und förderte die Tendenzen zunehmender Individualisierung und Mobilität. Die Arbeiterschaft mutierte gleichsam in die Vielzahl ihrer Teile, wobei sich der einzelne Arbeiterhaushalt von dem eines Angestellten oder Beamten nun vor allem in Einkommen, Ausbildung und Konsumverhalten unterschied. Auf die politische Mobilisierbarkeit der Arbeiter wirkte sich die Entwicklung sozialer Nivellierung geradezu lähmend aus. Hierüber konnten auch Achtungserfolge nicht hinwegtrösten, die die SPD in Hamburg – wie auch in den anderen Stadtstaaten – stets errang, wenn sie bei den regelmäßig verlorenen Bundestagswahlen der fünfziger Jahre Ergebnisse erzielte, die ihre bundesweiten Resultate bei weitem übertrafen. Auch bei Bürgerschaftswahlen blieben die Wählerblöcke nahezu unverändert, so daß von einer erkennbaren Honorierung der sozialdemokratischen Aufbauleistungen in Hamburg durch die Wähler nicht die Rede sein kann. Im Gegenteil: Als die SPD bei den Bürgerschaftswahlen 1953 mit 45,2 % ein Ergebnis verbuchte, das immerhin ihr Abschneiden von 1946 und 1949 übertraf, fand sie sich für vier Jahre auf den Oppositionsbänken wieder. Ein Umstand, der seine Erklärung einerseits dem wahltaktischen Zusammengehen des bürgerlichen Lagers im sogenannten Hamburg-Block verdankte, dem es auf diese Weise gelangte seine bis dahin zersplitterten Kräfte zu bündeln. Andererseits war das zentrale Thema, mit dem CDU, FDP und DP den Wahlkampf bestritten, bezeichnenderweise die Forderung nach Zurücknahme der Schulreform, mit der die SPD unter Federführung ihres refor-

mpädagogisch orientierten Schulsenators Heinrich Landahl seit 1949 versucht hatte, das »Bildungsprivileg der oberen Schichten der Gesellschaft« zu brechen. Bei ihrem einzigen Versuch, in den Nachkriegsjahren gezielt politisch verändernd auf die Hamburger Gesellschaft einzuwirken, sahen sich die Sozialdemokraten einer massiven Ablehnungsfront gegenüber, ohne daß es ihnen gelungen wäre, innerhalb der Bevölkerungsgruppe, der ihr Engagement galt, sonderliche Resonanz oder Unterstützung zu erreichen. So geriet das Schulgesetz, mit dem erklärten Ziel durchgesetzt, das Bildungssystem sozial durchlässiger zu gestalten, zum gesellschaftspolitischen Prüfstein. Beschlossen in der Absicht, einer sechsjährigen Grundschule für alle ein gleichwertiges Nebeneinander der Praktischen, Technischen und Wissenschaftlichen Oberschule folgen zu lassen, von wo aus der einzelne Schüler jeweils an die Hochschule gelangen konnte, wurde das Gesetz nach vierjähriger Laufzeit rückgängig gemacht. Ein Beispiel dafür, wie eng auch im Hamburg der fünfziger Jahre der Spielraum für gesellschaftspolitische Reformen war.

Immerhin gelang nach 1948 mit der »Akademie für Gemeinwirtschaft«, der heutigen Hochschule für Wirtschaft und Politik, die dauerhafte Etablierung einer Einrichtung, die speziell den Gewerkschaften und Unternehmen der Gemeinwirtschaft wissenschaftlich geschultes Personal zuführen sollte. Über den Zweiten Bildungsweg konnten hier Berufstätige auch ohne Abitur zum Hochschulabschluß gelangen und – zumindest in einzelnen Studiengängen – individuell die bildungspolitische Hermetik aus Gymnasium und Universität durchbrechen.

IV

Befand sich das tradierte Arbeitermilieu gegen Ende der fünfziger Jahre auch in Hamburg im Zustand fortgeschrit-

tener Erosion, so wies andererseits das ausgeprägte Funktionärsmilieu der SPD mittlerweile ideologische Verkrustungen auf, die, wollte man nicht auf Dauer im eigenen Saft schmoren, eine grundsätzliche Neuorientierung, verbunden mit einem personellen Wechsel an Haupt und Gliedern, unumgänglich machten. Nicht nur hatte man in Hamburg bis Ende 1959 wieder 13.000 der in den ersten Nachkriegsjahren gewonnenen Mitglieder eingebüßt, – ein Trend, der bundesweit mit dem Verlust von ca. 300.000 Mitgliedern zu Buche schlug. Sorgen mußte vor allem die fortgeschrittene »Vergreisung« bereiten, die sich seit der Endphase Weimars noch drastisch verstärkt hatte. So überwogen – nicht nur in Hamburg – unter den Mitgliedern und mehr noch unter den Spitzenfunktionären die alten Genossen der zwanziger Jahre. Während bei den Mitgliedern der Anteil der unter Vierzigjährigen bei 25,9% lag, wobei es die unter Fünfundzwanzigjährigen lediglich auf 4,3% brachten, lag der Anteil der Vierzig- bis über Sechzigjährigen bei stattlichen 74,1%. Mitte der fünfziger Jahre war der typische sozialdemokratische Funktionär deutlich älter als fünfzig, hatte in der Weimarer Republik bereits verantwortliche Parteiämter bekleidet, blickte auf eine mehr als dreißigjährige Parteizugehörigkeit zurück, wobei er die NS-Herrschaft als bloße Unterbrechung verstand, und war durch sein Leben in der Partei weit stärker geprägt als durch die Jahre im ungeliebten Nachkriegsdeutschland. Bei diesem biographischen Hintergrund, der seinen individuellen Ausdruck im Parteivorsitzenden Ollenhauer fand, kann die latente Sehnsucht nach den zwanziger Jahren bei gleichzeitig wachsender Verständnislosigkeit für die die Gesellschaft der fünfziger Jahre kennzeichnenden Entsolidarisierungs- und Individualisierungswellen kaum verwundern. Hier war eine neue Generation gefragt, die es übers Herz brachte, den gefühlsseligen Ballast einer de facto längst nicht mehr sozialistischen Partei über

Bord zu werfen, programmatisch endlich in der Bundesrepublik anzukommen und den Wandel von der Arbeiterzur Volkspartei auch im (partei-) eigenen Bewußtsein zu vollziehen. Wobei es wiederum kaum verwundert, daß es nicht zuletzt realpolitisch geschulte Politiker aus den sozialdemokratisch regierten Stadtstaaten waren, die, wie Willy Brandt als Regierender Bürgermeister von Berlin oder der Hamburger Wirtschaftssenator Karl Schiller, das Bild einer »modernisierten« SPD in der Öffentlichkeit künftig bestimmten.

Axel Schildt

Sozialdemokratische Politik in »Modernen Zeiten«: die 60er Jahre

I

Es ist schwierig und risikoreich, über die hamburgische Sozialdemokratie der 60er Jahre zu berichten.

Zur Schwierigkeit: Die zeitgeschichtliche Forschung ist bisher noch kaum in die 60er Jahre vorgedrungen. Dies gilt insbesondere für die Nachzeichnung der gesellschaftlichen und politisch-kulturellen Prozesse, die vom Ende der »Ära Adenauer« schließlich zur Revolte von Teilen der jungen Generation und zur kurzzeitigen sozialliberalen Aufbruchssphase als tiefgreifender Irritation bürgerlich-konservativer Hegemonie führten. Auf entsprechend brüchiger Basis müssen sich deshalb einstweilen Versuche bewegen, die Rolle und Bedeutung der Sozialdemokratie in diesem Zeitraum zu konturieren. Und hinzu treten die Schwierigkeiten, die sich aus der lokalen bzw. regionalen Spezifik ergeben. Helga Grebing hat verschiedentlich darauf aufmerksam gemacht, daß es falsch wäre, sich die Entwicklung der SPD hin zu Godesberg und danach als gleichförmige Homogenisierung vorzustellen, weil sehr unterschiedliche Traditionen, Ausgangsbedingungen und personelle Prägungen in Rechnung zu stellen seien. Es kommen also drei geschichtswissenschaftlich wenig gesicherte Themen zusammen: die Gesellschaft und Poli-

tik der 60er Jahre, die SPD der 60er Jahre, die Hamburger SPD der 60er Jahre.

Zum Risiko: Daß der Zeitzeuge mit seinen persönlichen Erlebnissen und Erfahrungen häufig zum natürlichen Feind des Zeithistorikers wird, der aus der Aktenüberlieferung und anderen schriftlichen Zeugnissen um eine objektive Rekonstruktion von Geschichte sich bemüht, ist sattsam bekannt. Aber in diesem Fall, der hamburgischen SPD der 60er Jahre, radikalisiert sich das Problem. Es sind nämlich nicht nur irgendwelche subjektiven Eindrücke irgendwelcher Zeitgenossen der 60er Jahre in Rechnung zu stellen. Es handelt sich vielmehr z.T. um Erinnerungen von seinerzeit oder noch immer politisch aktiven Zeitgenossen, die sich gleichwohl bemühen, als Historiker die schwierige wissenschaftliche Distanz zu diesem Thema zu bewahren. Aber die Reflexion dieses Umstandes könnte eine Diskussion fördern, die uns dem Verständnis der schon seltsam entrückten 60er Jahre näherbringt.

Mein Referat besteht aus zwei Teilen. Im ersten sollen einige markante gesellschaftliche Charakteristika der 60er Jahre wenigstens benannt werden, die andeuten, daß es sich – wie übrigens schon die 50er Jahre – um eine sozialgeschichtlich besonders dynamische Phase handelte, nun aber mit einem höheren Gewicht neuer gegenüber rekonstruktiven Elementen. Darauf bezogen sind knappe Anmerkungen zur Rolle und Bedeutung der Sozialdemokratie in diesem Zeitraum und zu ihrem Aufstiegsprozeß vom Ende der 50er Jahre bis zum ersten Drittel der 70er Jahre. Im zweiten Teil will ich mich auf die Frage konzentrieren, wie sich die Hamburger SPD in den 60er Jahren stadtparlamentarisch präsentierte und wie sich ihr dort sichtbares Profil veränderte; die Ebene der Parteiorganisation – ein ausschließlich auf das Stadtgebiet bezogener Landesverband bestand erst seit der Mitte des Jahrzehnts –, werde ich weitgehend ausblenden.

II

In den 60er Jahren vollzog sich der gesellschaftliche Übergang vom Wiederaufbau zu einer neuen Stufe der Prosperität, sichtbar in sog. Vollbeschäftigung – Arbeitslosigkeit unter 1% von 1961 – 66 und 1969 – 71 –, Verdoppelung der Löhne und Einkommen und immer neuen Rekorden des Konsums. Zugleich wurde aber auch eine neue Stufe der Modernität erreicht, zeichneten sich soziale Strukturveränderungen und neue Lebensstile ab, zunächst in den Großstädten und auch in Hamburg. Einige Stichworte sollen genügen: Vordringen des Dienstleistungssektors, Suburbanisierung, Automobilisierung und Pendlerdasein, Durchsetzung der Fernsehgesellschaft; 1960 verfügte ein Viertel der westdeutschen Haushalte über ein Fernsehgerät (ein Drittel der hamburgischen), 1970 mehr als drei Viertel, 1973 waren es dann 90%. Die großstädtische Vorreiterrolle für diese Entwicklungen gilt in besonderem Maße für die sich seit dem Ende der 50er Jahre herausbildende neue Jugendkultur, die in der ersten Hälfte der 60er Jahre sehr stark durch britische Vorbilder, danach durch US-Einflüsse geleitet war. Glückliches Symbol dafür waren die Beatles in Hamburg 1962, als Problem hingegen wurde, nicht zuletzt in der Bürgerschaft, das »Rockerunwesen« und schließlich die Politisierung der Studenten und anderer Jugendlicher diskutiert und beklagt. Kaum ein gesellschaftlicher Bereich demonstriert die Rasanz der sozialkulturellen Entwicklung in den 60er Jahren wohl deutlicher als die Stellung der Jugendlichen und die Beachtung, die ihnen gezollt wurde.

Im gesellschaftspolitischen Horizont ging es zum ersten Mal um die sinnvolle Planung von Zukunftsinvestitionen, die aus den vollen Kassen bezahlt werden sollten. Es schlug die Stunde der Soziologen und Ökonomen, der Technokraten. Die endgültige Lösung des Wohnungspro-

blems durch den Sozialen Wohnungsbau wurde anvisiert, es brach die Zeit der Planung von Großsiedlungen an, die dann um 1970 fertiggestellt wurden, daneben beschäftigte eine Optimierung des Verkehrssystems die Experten. Angesichts des leergefegten Arbeitskräftemarktes – nach dem Berliner Mauerbau – entwickelte sich eine breite öffentliche Diskussion über die Qualifizierung der Arbeit durch ein Abschöpfen der Bildungsreserven der Bevölkerung, wofür das Bildungssystem modernisiert werden sollte. In Zukunftsvisionen, die eine besondere Konjunktur hatten, tauchten die Umrisse einer kybernetisch gesteuerten Gesellschaft auf, in der alle Energieprobleme durch Atomenergie gelöst waren und ein umfassendes staatliches Wohlfahrtssystem für die Bevölkerung sorgte.

Die gesellschaftlichen Tendenzen der 60er Jahre waren eng verbunden mit dem Erfolg der Sozialdemokratie, die sich mit dem Godesberger Programm öffentlich sichtbar modernisiert, »Ballast abgeworfen« hatte, wie dies Carlo Schmid ausdrückte. Man sollte – vor dem Hintergrund der sich herausbildenden Fernsehgesellschaft, der Teledemokratie – die personelle Symbolisierung dieser SPD durch den neuen Kanzlerkandidaten von 1961, Willy Brandt, nicht geringschätzen. Jugendlichkeit (der »deutsche Kennedy«) und Weltläufigkeit konkurrierten zunehmend erfolgreich mit dem Greis von Rhöndorf und seinem Nachfolger Ludwig Erhard, der »Lokomotive des Wirtschaftswunders« und »Mann mit der Zigarre«, der nicht mehr in die modernen Zeiten zu passen schien und mit seiner Konzeption der »formierten Gesellschaft« (1965) weithin Mißverständnisse und Ablehnung hervorrief. Im übrigen stand Willy Brandt als sozialdemokratischer Kanzlerkandidat nicht allein. Eine ganze Mannschaft vermittelte den Eindruck von Experten-Sachverstand für zentrale Felder der Politik; zu nennen sind besonders der in Hamburg lehrende »Wirtschafts-Professor« Karl Schiller, der spätere

Bundespräsident Gustav Heinemann für die anstehende Justizreform und der katholische – ein wichtiges konfessionelles Signal! – Gewerkschaftsführer Georg Leber für den Wohnungsbau. Zur Regierungsmannschaft von Willy Brandt gehörte 1961 auch Max Brauer.

Zum ersten Mal unterstützte die Crème der literarischen Intelligenz (von Günter Grass bis Martin Walser), von Erhard als »Uhus« und »Pinscher« beschimpft, trotz vieler Vorbehalte demonstrativ die Sozialdemokratie bei den Bundestagswahlen. Die SPD wirkte nicht mehr, wie noch zu Beginn der 50er Jahre, als altmodische Verbindung von sozialistischer Tradition, nationalem Pathos und pragmatischer Tagespolitik, die Schwierigkeiten mit der Westorientierung und der Marktwirtschaft hatte. Stattdessen erschien die Partei als moderne Kraft, welche Antworten auf die neuen, auf den Wiederaufbau folgenden Fragen besaß und die nun auch mit jenen Schichten der Bevölkerung verbunden schien, die gesellschaftliche Trendsetter waren, jüngeren urbanen Angestelltenschichten und erstmals in breiterem Maße Besitzer von überdurchschnittlichem kulturellem Kapital. Das Godesberger Programm war ein wichtiger Ausdruck des darauf abgestimmten neuen Parteiprofils. Diskutiert wurde es allerdings – das ist das Normalschicksal von Programmen – in den 60er Jahren weder in der Öffentlichkeit noch in nennenswertem Ausmaß in der Partei, nachdem es bis zu seiner Annahme heftig umstritten gewesen war. Übrigens war es vor allem ein Hamburger Sozialdemokrat, damals auf dem linken Flügel verortet, dessen Engagement der klaren Durchsetzung des Godesberger Programms den Weg gebnet hatte: Herbert Wehner. Und dieser, als ehemaliger Kommunist immer wieder diffamiert, gilt auch als der »eigentliche Motor« (Christoph Kleßmann) der »Großen Koalition«, die dann zu einer erneuten Entfremdung der SPD von Teilen der kritischen jungen Generation führte, andererseits für viele erst

endgültig ihre Regierungsfähigkeit erwies. Die 60er Jahre wurden das Jahrzehnt des sozialdemokratischen Aufstiegs. Fast 10% gewann die SPD von 1961 bis 1972 hinzu, Euphorie beflügelte die Partei angesichts des neuen »Genossen Trend«. In keinem Bundesland waren übrigens die prozentualen Zugewinne bei den Bundestagswahlen 1969, also nach der »Großen Koalition«, so hoch wie in Hamburg.

III

Für die Hamburger Sozialdemokratie, die seit 1957 wieder, nach einmaliger Unterbrechung, ihre angestammte Führungsrolle im Senat zurückgewonnen hatte, begann das neue Jahrzehnt mit zwei symbolischen Abschieden. Max Brauer übergab 1960 das Amt des Ersten Bürgermeisters an Paul Nevermann, und sein Stellvertreter in den ersten Nachkriegsjahren, der mittlerweile 85jährige Adolph Schönfelder, trat als Präsident der Bürgerschaft zurück. Es handelte sich dabei nicht um einen Wechsel zur jungen Generation, sondern um eine Stabübergabe an die »Weimarianer«, die vor 1933 im Milieu der Arbeiterjugend, in den Gewerkschaften und der SPD politisch sozialisiert worden waren, aber meist noch keine wichtigen Funktionen ausgefüllt hatten. Zu nennen sind Namen wie der Parteivorsitzende Karl Vittinghoff (Jg. 1899), Fraktionsvorsitzender Gerhard Brandes (Jg. 1902) und der Erste Bürgermeister Paul Nevermann (vom gleichen Jahrgang). Zwei Drittel der aus den Bürgerschaftswahlen 1961 – die SPD hatte 57,4% der Stimmen erhalten – hervorgegangenen Fraktion zählte zur Alterskohorte 1895 – 1910 (war also 52 bis 67 Jahre alt; Durchschnittsalter Ende 50) und war vor 1933 zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gestoßen; einige von ihnen hatten unter dem NS-Regime Widerstandsrbeit geleistet und für ihre Überzeugung berufliche Nachteile und Haftstrafen auf sich nehmen müssen. Das soziale Pro-

fil der sozialdemokratischen Bürgerschafts-Fraktion bestimmten Anfang der 60er Jahre Angestellte der kommunalen Verwaltung, des gemeinwirtschaftlichen Sektors, der Gewerkschaften und der Partei; einen einzigen (Vor)Arbeiter registrierte das Bürgerschaftshandbuch in der 72köpfigen Fraktion und übrigens auch nur drei Lehrer, hingegen mehr als ein Dutzend Selbständige und Angehörige Freier Berufe, vor allem Rechtsanwälte. Immerhin 14 Frauen (20%) zählte die Fraktion, davon 9 Hausfrauen. Nur wenige Abgeordnete, die, in den 20er Jahren geboren, erst nach dem Zweiten Weltkrieg zur Sozialdemokratie gefunden hatten, verjüngten das Bild: Oswald Paulig (Jg. 1922) ist zu nennen, der nun stellvertretender Fraktionsvorsitzender wurde. Und Helmut Schmidt wechselte aus dem Bundestag 1962 auf den Posten des Innenministers und hatte schon wenige Wochen später Gelegenheit, sich als erfolgreicher Koordinator der Rettungsmaßnahmen bei der großen Flutkatastrophe bundesweit zu profilieren. Er kehrte 1965 nach Bonn in die Spitze der Bundestagsfraktion zurück.

Die politischen Auseinandersetzungen klangen Anfang der 60er Jahre sehr gedämpft. Der neue Erste Bürgermeister betonte in seiner Regierungserklärung vor der Bürgerschaft im Januar 1962, daß man »trotz verbesserter regierungsfähiger sozialdemokratischer Mehrheit« (57%) einen Koalitionssenat mit der FDP bilden werde, deute auf den »hanseatischen Stil unserer Politik hin: Offene Politik!« Am Ende seiner Regierungserklärung, die sich fast ausschließlich mit Wirtschaftsfragen, vor allem der Zukunft des Hafens, und Fragen des großstädtischen Verkehrs beschäftigte, verzeichnete das Protokoll »lebhaften Beifall bei den Regierungsparteien, z.T. auch bei der CDU«, die sich dann in den folgenden Jahren als wenig aggressive Opposition zeigte, kaum einmal die Haushaltsdebatten nutzte, um sich als Alternative zu profilieren. Der sozial-

demokratische Fraktionsvorsitzende Gerhard Brandes sprach sicherlich nicht nur für die Parteien der Senatskoalition, als er in der Bürgerschaft 1962 zu Protokoll gab: »Eine entideologisierte Politik soll entfaltet werden, eine Pragmatik täglich geübt werden...« – retrospektiv eine glückliche Zeit der Gemeinsamkeit und sterbenslangweiliger Debatten.

Der Wechsel in der Regierungsspitze von Paul Nevermann zu Herbert Weichmann 1965 läutete keine neue politische Ära ein. Der sechs Jahre ältere Professor Weichmann (Jg. 1896) aus jüdisch-bürgerlichem Elternhaus, der vor 1933 als persönlicher Referent des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun politische Erfahrungen sammeln können und nach seiner Rückkehr aus dem Exil in den USA 1948 als Präsident des hamburgischen Landesrechnungshofes fungiert hatte, wurde von vielen nur als Übergangskandidat bis zur anstehenden Verjüngung der politischen Führung angesehen. Schon die Umstände des Rückzugs von Nevermann deuteten weniger auf einen politischen Wechsel als auf die Anpassung an bürgerliche Anstandsmuster hin (es ging um die Weigerung der vor der Scheidung stehenden Ehefrau Nevermanns, anlässlich eines Staatsbesuchs der britischen Königin Repräsentationspflichten zu übernehmen – angesichts der heutigen Scheidungsmalaisen des Königshauses ein pikantes Maß an Anpassung).

Die Bürgerschaftswahlen 1966 brachten keine Veränderung der parlamentarischen Konstellation. Die SPD hatte sich nochmals gesteigert und erreichte mit 59% das beste Ergebnis in ihrer Geschichte. Wie auch bei der vorausgegangenen und folgenden Wahl hatten sich dabei die beiden Bezirke Mitte und Harburg, Bezirke mit überdurchschnittlichem Anteil an Arbeitern, als Hochburgen der Partei erwiesen, in denen zwei Drittel der Wähler der SPD ihre Stimme gaben. Der Erste Bürgermeister Weich-

mann bedauerte in seiner Regierungserklärung dann vor allem »das Ende einer Koalitionsregierung, das (die Sozialdemokraten) nicht gewollt habe(n)«. Trotz des Ausscheidens der FDP fühle sich der Senat weiterhin dem »politischen Bündnis von Arbeitnehmerschaft und Unternehmertum«, von »demokratischem Sozialismus und fortschrittlichem, sozial verpflichtetem Liberalismus« verbunden. Ansonsten befaßten sich die Ausführungen Weichmanns nahezu ausschließlich mit den Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Die bürgermeisterliche Betonung fachlicher Autorität und damit einhergehende Distanz zu volkstümlicher Anbietung prägte in jenen Jahren zu einem Teil auch das Bild der Sozialdemokratischen Partei in der Öffentlichkeit und mußte zum Problem werden, als die politischen Zeitläufte unruhiger wurden. Für die linke Studentenbewegung erschien die SPD als Teil des städtischen Machtkartells, symbolisiert durch die sehr guten Beziehungen des Ersten Bürgermeisters zum Verlagshaus Axel Springer, das in Hamburg eine Monopolstellung besaß. Die Wortwahl der gemeinsamen Erklärung der Rathausparteien (SPD, CDU, FDP) vom 14. Juni 1967 zu den »Vorkommnissen« beim Schah-Besuch, als es auch in Hamburg zu einem harten Polizeieinsatz gegen Demonstranten gekommen war – die Studentenschaft wurde aufgefordert, sich vom »Verhalten einiger weniger Wirrköpfe in ihren Reihen deutlich zu distanzieren« – war nicht geeignet, eine konstruktive Gesprächsatmosphäre zu fördern. Gerade die Debattenbeiträge Weichmanns in dieser Zeit ließen selbstkritische Töne vermissen und verbreiterten die entstehenden Gräben; in einem »Politischen Rundblick«, den er seiner Haushaltsrede im Dezember 1967 anschloß, warf er den »jungen Stürmern«, die »im Sinne Bakunins oder seines neuen Jüngers Marcuse« die »bestehenden Ordnungen« auflösen wollten, vor, »Orgien der Selbstgerechtigkeit« zu feiern,

welche die »Grenzen einer gesitteten Gesellschaft« eineben würden. In der Bürgerschaftsdebatte zu den Osterunruhen 1968 und bei anderen Gelegenheiten forderte er die »Dankbarkeit« der jungen Generation für die Wiederaufbauleistungen ein. Der sozialdemokratische Erste Bürgermeister fand nicht zu einer Stellungnahme von der Art, wie sie in der »Großen Koalition« Gustav W. Heinemann formulierte, der mit einer rechtsstaatliche Prinzipien verteidigenden und zugleich Verständnis für den Protest bezeugenden öffentlichen Erklärung einen Kontrast zum konservativen Insistieren allein auf der Staatsautorität deutlich machte. Demgegenüber überdeckte die vom sozialdemokratischen Senat zum Ausdruck gebrachte Unbeirrbarkeit Fragen, Zweifel und nachdenkliche Töne auch in der Sozialdemokratie, die in der Bürgerschaft (in der Debatte zu den Osterunruhen) übrigens Oswald Paulig artikuliert; er wies darauf hin, daß die »geistige Auseinandersetzung« unter dem Motto »Wohlstand und keine Experimente« seit 1958 »verschüttet« worden sei, und schloß seine Partei ausdrücklich in die Verantwortung ein. Außerdem lehnte er das verbreitete Modell einer Manipulation der Studenten durch den SDS ab und sprach vom Aufbruch einer ganzen Generation. Nicht zuletzt die Verstärkung marxistischer Einflüsse bei den Jungsozialisten Ende der 60er Jahre zeigten deren Auswirkung auch auf die Sozialdemokratie.

Überdeckt wurde durch die im Mittelpunkt der Öffentlichkeit stehenden Auseinandersetzungen mit der Außerparlamentarischen Opposition ein wenig, daß sich in der zweiten Hälfte der 60er Jahre ein tiefgreifender Themenwechsel sozialdemokratischer Politik vollzogen hatte. Die Bildungspolitik stand nun an erster Stelle und führte wieder zur traditionellen Schlachtordnung zwischen links und rechts, als über die Einrichtung erster Gesamtschulen oder das Hamburger Hochschulgesetz, Gesamthochschule

und »Drittelparität« gestritten wurde. Hier standen der SPD die CDU und die meisten Ordinarien der Universität entgegen. In diesen Debatten formte sich das Bild einer jüngeren, moderneren SPD. Es wird noch zu untersuchen sein, welche Teile der jungen Generation die Sozialdemokratie in diesem wichtigen Zeitraum der späten 60er Jahre gewann, und welche sie – mit parteipolitischen Spätfolgen – als Potential verlor.

Als Paul Nevermann im Frühjahr 1970 als Alterspräsident die Bürgerschaft eröffnete, hatte die SPD – mit leichten Verlusten – erneut die absolute Mehrheit gewonnen (55,3%), und befriedigt wurde zur Kenntnis genommen, daß die sozialliberal geprägte FDP in die Senatskoalition zurückkehrte; aus bundespolitischen Gründen hatte sich vor allem Helmut Schmidt vehement dafür ausgesprochen. In seiner Regierungserklärung betonte Herbert Weichmann erneut die »Zusammenarbeit der SPD und der liberalen Kräfte des Hamburger Bürgertums« als »Kennzeichen hanseatischer Denkungsart«. Die sozialdemokratische Fraktion hatte sich sichtbar verjüngt. Das Durchschnittsalter war gegenüber 1962 um etwa 10 Jahre auf Ende 40 gesunken; die »Weimarianer« machten nur noch ein Drittel der Fraktion aus, es dominierten diejenigen, die, in den 20er und 30er Jahren geboren, erst nach dem Zweiten Weltkrieg zur Sozialdemokratie gefunden hatten. Als jüngste SPD-Parlamentarier zogen die Gerichtsreferendare Wolfgang Curilla (27) und Wulf Damkowski (28) in die Bürgerschaft ein; unter den Jungen befanden sich auch Gerd Weiland (29), Ulrich Hartmann (31) und Hans-Ulrich Klose (32), der neue Fraktionsvorsitzende und spätere Nachfolger Weichmanns im Amt des Bürgermeisters, und (etwas älter) Elisabeth Kiausch (38). Die Frauenquote war gegenüber 1962 von 20 auf 10% gesunken, und die Fraktion war zwar immer noch von Verwaltungsangestellten und Beamten dominiert, hatte sich aber beruflich weiter aus-

gefächert und in noch bescheidenem Maße intellektualisiert (Ärzte, Rechtsanwälte, ein Pastor, aber immer noch kaum Lehrer, die angeblich bereits das Image der Partei prägen sollten). Dies war die Sozialdemokratie, welche die 70er Jahre meistern sollte, die in der Regierungserklärung von Weichmann als »Epoche gesellschaftlicher Reformen in Permanenz« angekündigt wurden – und die dann doch bald eine Dämpfung des reformerischen Aufbruchs erkennbar werden ließen und eine zunehmend in zwei Lager (mit einer strukturellen linken Minorität) sich teilende Sozialdemokratie mit komplizierten Mechanismen der innerparteilichen Machtbalance hervorbrachten.

Tabellenanhang

Ergebnisse der Bürgerschaftswahlen 1919 –1932

Stimmenzahl (%) / Parlamentssitze der Parteien (insgesamt 160)

Datum	Wahl- beteil.	SPD	DDP/ DStP	DVP	USPD	KPD	DNVP	NSDAP	Sonst.
16.03.19	80,6	50,5 (82)	20,5 (33)	8,6 (13)	8,1 (13)	–	2,9 (4)	–	9,4 (15)
20.02.21	70,9	40,6 (67)	14,1 (23)	13,9 (23)	1,4 (2)	11,0 (17)	11,3 (18)	–	7,7 (10)
26.10.24	66,1	32,4 (53)	13,2 (21)	14,0 (23)	0,3 (–)	14,7 (24)	17,0 (28)	–	8,4 (11)
19.02.28*	79,0	35,9 (60)	12,8 (21)	12,5 (20)	0,1 (–)	16,6 (27)	13,7 (22)	2,2 (3)	6,2 (7)
27.09.31	83,8	27,8 (46)	8,7 (14)	4,8 (7)	0,1 (–)	21,9 (35)	5,6 (9)	26,2 (43)	4,9 (6)
24.04.32	80,5	30,2 (49)	11,2 (18)	3,2 (5)	–	16,0 (26)	4,3 (7)	31,2 (51)	3,9 (4)

*Wiederholungswahl, nachdem der Staatsgerichtshof die Bürgerschaftswahl vom 9.10.1927 wegen einer zuvor erfolgten Wahlrechtsänderung für verfassungswidrig erklärt hatte.

Ergebnisse der Bürgerschaftswahlen 1946 – 1978

Stimmenzahl (%) / Parlamentssitze der Parteien (insgesamt 110/ ab 1949 120)

Datum	Wahl- beteil.	SPD	CDU	FDP	VHB ²	HB ³	KPD/ DKP	NPD	Sonst.
13.10.46	79,0	43,1 (83)	26,7 (16)	18,2 (7)	-	-	10,4 (4)	-	1,6 (-)
16.10.49	70,5	42,8 (65)	-	-	34,5 (40)	-	7,4 (5)	-	15,3 (10)
01.11.53	81,0	45,2 (58)	-	-	-	50,0 (62)	3,2 (-)	-	1,6 (-)
10.11.57 ¹	77,3	53,9 (69)	32,2 (41)	8,6 (10)	-	-	-	-	5,3 (-)
12.11.61	72,3	57,4 (72)	29,1 (36)	9,6 (12)	-	-	-	-	3,9 (-)
27.03.66	69,8	59,0 (74)	30,0 (38)	6,8 (8)	-	-	-	3,9 (-)	0,3 (-)
22.03.70	73,4	55,3 (70)	32,8 (41)	7,1 (9)	-	-	1,7 (-)	2,7 (-)	0,4 (-)
03.03.74	80,4	44,9 (56)	40,6 (51)	10,9 (13)	-	-	2,2 (-)	0,8 (-)	0,6 (-)
04.06.78	76,6	51,5 (69)	37,6 (51)	4,8 (-)	-	-	1,0 (-)	0,3 (-)	4,8 (-)

¹Mit dem Wahlgesetz vom 6.12.1956 war ein Verhältniswahlrecht mit einer Fünf-Prozent-Klausel eingeführt worden.

²VHB: Vaterstädtischer Bund Hamburg, Wahlbündnis aus CDU, FDP und Deutscher Konservativer Partei

³HB: Hamburg Block, Wahlbündnis aus CDU, FDP, DP und BHE

Regierungskoalitionen und Erste Bürgermeister 1919 – 1933

Bürger-schaftswahl	Regierungsparteien	Erster Bürgermeister
16.03.1919	SPD, DDP	Werner von Melle / parteilos, ab 2.1.20 Friedrich Sthamer / parteilos, ab 3.2.20 Arnold Diestel / parteilos
20.02.1921	SPD, DDP	Arnold Diestel / parteilos ab 9.1.24 Carl Petersen / DDP
26.10.1924	SPD, DDP, DVP	Carl Petersen / DDP
19.02.1928	SPD, DDP, DVP	Carl Petersen / DDP, ab 1.1.1930 Rudolf Roß / SPD
27.09.1931	SPD, DStP, DVP	Rudolf Roß / SPD nach Verlust der Mehrheit als geschäftsführender Senat, ab 1.1.32 Carl Petersen / DStP
24.04.1932	SPD, DStP, DVP	Carl Petersen / DStP als geschäftsführender Senat bis 3./4.3.1933
	ab 8.3.1933 NSDAP, Kampffront Schwarz-Weiß-Rot (DNVP, Stahlhelm), DVP, DStP	Carl Vincent Krogmann / NSDAP seit 1.5.1933
14.10.1933	Auflösung der Bürgerschaft	

Regierungskoalitionen und Erste Bürgermeister 1946 – 1978

Bürger- schaftswahl	Regierungsparteien	Erster Bürgermeister
13.10.1946	SPD, FDP, KPD	Max Brauer / SPD
16.10.1949	SPD	Max Brauer / SPD
01.11.1953	Hamburg-Block (CDU, FDP, DP, BHE)	Kurt Sieveking / CDU
10.11.1957	SPD, FDP	Max Brauer / SPD, ab 1.1.61 Paul Nevermann / SPD
12.11.1961	SPD, FDP	Paul Nevermann / SPD, ab 9.6.1965 Herbert Weichmann / SPD
27.03.1966	SPD	Herbert Weichmann / SPD
22.03.1970	SPD, FDP	Herbert Weichmann / SPD, ab 9.6.1971 Peter Schulz / SPD
03.03.1974	SPD, FDP	Peter Schulz / SPD, ab 1.11.1974 Hans-Ulrich Klose / SPD
04.06.1978	SPD	Hans-Ulrich Klose / SPD, ab 24.6.1981 Klaus von Dohnanyi / SPD

Die Mitgliederzahlen der Hamburger SPD 1914 – 1932

Datum	Mitglieder insgesamt	Frauen	Männer
1.04.1914	67.862	11.684	56.178
1.04.1919	67.759	15.738	52.021
1.04.1920	65.801	13.911	51.890
1.04.1921	72.246	14.911	57.335
1.04.1922	70.198	14.082	56.116
1.04.1923	63.909	12.324	51.585
1.04.1924	45.728	9.420	36.308
1.04.1925	42.363	9.380	32.983
1.11.1926	41.923	10.227	31.696
1.01.1927	42.479	9.925	32.554
1.01.1928	46.788	11.397	35.391
1.01.1929	50.874	12.791	38.083
1.01.1930	51.045	12.261	38.784
1.01.1931	53.204	13.207	39.997
1.01.1932	56.744	15.003	41.741

Die Mitgliederzahlen der Hamburger SPD 1945 – 1977

Datum	Mitglieder insgesamt	Frauen	Männer
31.12.1945	11.972		
31.12.1946	43.996	11.031	32.965
31.12.1947	54.219	15.176	39.043
31.12.1948	55.096	15.579	39.517
31.12.1949	52.257	14.587	37.670
31.12.1950	51.078	14.312	36.766
31.12.1951	50.956	14.008	36.948
31.12.1952	50.243	13.738	36.505
31.12.1953	48.443	13.300	35.143
31.12.1954	46.827	13.012	33.815
31.12.1955	45.312	12.685	32.627
31.12.1956	45.181	12.759	32.422
31.12.1957	44.886	12.654	32.232
31.12.1958	44.291	12.542	31.749
31.12.1959	42.003	12.115	29.888
31.12.1960	41.059	11.991	29.068
31.12.1961	40.250	11.847	28.403
31.12.1962	39.197	11.565	27.632
31.12.1963	37.388	11.049	26.339
31.12.1964	35.866	10.519	25.347
31.12.1965	35.452	10.325	25.127
31.12.1966	34.740	9.991	24.749
31.12.1967	33.821	9.663	24.158
31.12.1968	33.287	9.481	23.806
31.12.1969	33.517	9.526	23.991
31.12.1970	33.840	9.642	24.198
31.12.1971	34.042	9.699	24.343
31.12.1973	36.229	10.541	25.688
31.12.1975	33.424	9.984	23.440
31.12.1977	31.663	9.662	22.001

Quellen- und Literaturverzeichnis

I

- Heinz Boberach (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938 – 1945, 17 Bde., Herrsching 1984
- Max Brauer, Nüchternen Sinnes und heißen Herzens... Reden und Ansprachen, Hamburg 1952
- Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934 – 1940, Nachdruck 7 Bde., Frankfurt am Main 1980
- Christa Fladhammer/Michael Wildt (Hrsg.), Max Brauer im Exil. Briefe und Reden aus den Jahren 1933 – 1946, Hamburg 1994
- Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften m.b.H. Hamburg (Hrsg.), Geschäftsberichte 1948 – 1959, Hamburg o.J.
- Hamburger Echo 1918 – 1933, 1946 – 1966
- Hamburgische Bürgerschaft. Verzeichnis der Abgeordneten, 1919 – 1957, Hamburg 1919 – 1958
- Handbuch der Hamburgischen Bürgerschaft, 5. – 7. Wahlperiode 1961/66 – 1970/74, Hamburg o.J.
- Hellmut Kalbitzer, Widerstehen oder Mitmachen. Eigensinnige Ansichten und sehr persönliche Erinnerungen, Hamburg 1987
- Erich Matthias (Hrsg.), Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration. Aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer ergänzt durch andere Überlieferungen, Düsseldorf 1968

- Neues Hamburg. Zeugnisse vom Wiederaufbau der
Hansestadt (Untertitel bis einschließlich 8. Jg. 1953),
Hamburg 1 (1947) – 14 (1961)
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesorgani-
sation Hamburg (Hrsg.), Jahresberichte, 1946 – 1972/74,
Hamburg o.J.
- Sozialdemokratischer Verein für das hamburgische
Staatsgebiet, Jahresberichte der Landesorganisation,
1919 – 1928, Hamburg 1920 – 1929
- Stenographische Berichte über die Sitzungen der
Bürgerschaft zu Hamburg, 1919 – 1933, 1946 – 1974
- Henning Timpke (Hrsg.), Dokumente zur Gleichschaltung
des Landes Hamburg 1933, Frankfurt am Main 1964
- Elsbeth Weichmann, Zuflucht. Jahre des Exils, Hamburg 1983
- Herbert Weichmann, Alltag in USA, Hamburg 1949

II

- Manfred Asendorf u.a. (Hrsg.), Geschichte der
Hamburgischen Bürgerschaft. 125 Jahre gewähltes
Parlament, Berlin 1984
- Frank Bajohr, Hamburgs »Führer«. Zur Person und Tätigkeit
des Hamburger NSDAP-Gauleiters Karl Kaufmann (1900 –
1969), in: Frank Bajohr/Joachim Szodrzyński (Hrsg.),
Hamburg in der NS-Zeit. Ergebnisse neuerer Forschun-
gen, Hamburg 1995, S. 59 – 91
- Ulrich Bauche u.a. (Hrsg.), »Wir sind die Kraft«.
Arbeiterbewegung in Hamburg von den Anfängen bis
1945. Katalogbuch zu Ausstellungen des Museums für
Hamburgische Geschichte, Hamburg 1988
- Ursula Büttner, Hamburg in der Staats- und
Wirtschaftskrise 1928 – 1931, Hamburg 1982
- Ursula Büttner, Politische Gerechtigkeit und Sozialer
Geist. Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik,
Hamburg 1985

- Holger Christier, Sozialdemokratie und Kommunismus. Die Politik der SPD und der KPD in Hamburg 1945 – 1949, Hamburg 1975
- Karl Ditt, Sozialdemokraten im Widerstand. Hamburg in der Anfangsphase des Dritten Reiches, Hamburg 1984
- Helga Grebing, Von der »Traditionskompagnie« zur »Staatspartei«. Die Modernisierung der Sozialdemokratie in den 1950er und 1960er Jahren im regionalen Vergleich, in: Jürgen Kocka u.a. (Hrsg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag, München u.a. 1994, S. 205 – 221
- Roland Gröschel, Zwischen Tradition und Neubeginn. Sozialistische Jugend im Nachkriegsdeutschland, Hamburg 1986
- Ulrich Herbert, Arbeiterschaft im »Dritten Reich«. Zwischenbilanz und offene Fragen, in: Geschichte und Gesellschaft 15 (1989), S. 320 – 360
- Arno Herzig u.a. (Hrsg.), Arbeiter in Hamburg. Unterschichten, Arbeiter und Arbeiterbewegung seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert, Hamburg 1983
- Werner Johe, Im Dritten Reich 1933 – 1945, in: Werner Jochmann (Hrsg.), Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart (Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner, Bd. 2), Hamburg 1986, S. 265 – 376
- Christoph Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955 – 1970, Göttingen 1988
- Peter Lösche/Franz Walter, Die SPD: Klassenpartei-Volkspartei-Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Wiedervereinigung, Darmstadt 1992
- Erich Lüth, Max Brauer. Glasbläser, Bürgermeister, Staatsmann, Hamburg 1972
- Hildegard Milberg, Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft. Die politischen und sozialen Aspekte der Schulreform in Hamburg 1890 – 1935, Hamburg 1970

- Susanne Miller, Zur Wirkungsgeschichte des Godesberger Programms, in: Bernd Rebe u.a. (Hrsg.), Idee und Pragmatik in der politischen Entscheidung. Alfred Kubel zum 75. Geburtstag, Bonn 1984, S. 129 – 137
- Günter Morsch, Arbeit und Brot. Studien zu Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933 – 1936/37, Frankfurt am Main u.a. 1993
- Axel Schildt, Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und »Zeitgeist« in der Bundesrepublik der 50er Jahre, Hamburg 1995
- Harald Schlüter, Vom Ende der Arbeiterjugendbewegung. Gewerkschaftliche Jugendarbeit im Hamburger Raum 1950 – 1965, Frankfurt am Main u.a. 1996
- SPD-Landesorganisation Hamburg (Hrsg.), 125 Jahre Sozialdemokratie in Hamburg – Streiflichter aus der Geschichte der SPD, Hamburg 1988
- Franz Spliedt, Die Gewerkschaften. Entwicklung und Erfolge. Ihr Wiederaufbau nach 1945, Hamburg o.J.
- Stadtteilarchiv Ottensen e.V. (Hrsg.), »Ohne uns hätten sie das gar nicht machen können«. Nazi-Zeit und Nachkrieg in Altona und Ottensen, Hamburg 1985
- Bernd Stöver, Volksgemeinschaft im Dritten Reich. Die Konsensbereitschaft der Deutschen aus der Sicht sozialistischer Exilberichte, Düsseldorf 1993
- Gabriele Stüber, Der Kampf gegen den Hunger 1945 – 1950. Die Ernährungslage in der britischen Zone Deutschlands, insbesondere in Schleswig-Holstein und Hamburg, Neumünster 1984
- Arnold Sywottek, Max Brauer, in: Walter Mühlhausen/Cornelia Regin (Hrsg.), Treuhänder des deutschen Volkes. Die Ministerpräsidenten der westlichen Besatzungszonen nach den ersten freien Landtagswahlen. Politische Porträts, Melsungen 1991, S. 181 – 205.

- Arnold Sywottek, Hamburg seit 1945, in: Werner Jochmann (Hrsg.), Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, (Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner, Bd. 2), Hamburg 1986, S. 377 – 466
- Joachim Szodrzynski, Hamburgs Arbeiterbewegung im Wandel der Gesellschaft. Eine Chronik, Bd. 4, 1945 – 1949, Hamburg 1989
- Walter Tormin, Die Geschichte der SPD in Hamburg 1945 bis 1950, Hamburg 1995
- Walter Tormin, Der schwere Weg zur Demokratie. Politischer Neuaufbau in Hamburg 1945/46, Hamburg 1995
- Walter Tormin/Joachim Szodrzynski, »Wir sind die Kraft!« Zwei Beiträge zur Arbeiterbewegung von 1945 bis 1949, Hrsg. Jürgen Bracker/Museum für Hamburgische Geschichte, Hamburg 1988
- Friedrich-Wilhelm Witt, Die Hamburger Sozialdemokratie in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1929/30 – 1933, Hannover 1971
- Birgit Wulff, Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Hamburg 1933 – 1939. Eine Untersuchung zur nationalsozialistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, Frankfurt am Main u.a. 1987

Verzeichnis der Mitarbeiter

Frank Bajohr, geb. 1961,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle für
die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg

Ursula Büttner, geb. 1946, Dr. phil.,
Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsstelle für
die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Pri-
vatdozentin an der Universität Hamburg

Uwe Lohalm, geb. 1939, Dr. phil.,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle für
die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg

Axel Schildt, geb. 1951, Dr. phil.,
Privatdozent an der Universität Hamburg

Joachim Szodrzynski, geb. 1953,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle für
die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg

Walter Tormin, geb. 1923, Dr. phil.,
Senatsdirektor a.D.

Michael Wildt, geb. 1954, Dr. phil.,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle für
die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg